DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK



Deutsches Zentralarchiv 1946 - 1971

Deutsche Demokratische Republik
Deutsches Zentralarchiv
1946–1971

Druckfehlerberichtigung

Es muß richtig heißen

auf Seite 50: 1848/49, 1867/71
statt 1948/49, 1967/71

auf Seite 90: französischer
statt französischer

seit 1973: Zentrales Staatsarchiv

Deutsche Demokratische Republik



Deutsches Zentralarchiv

1946–1971

Veröffentlicht von einem Autorenkollektiv
des Deutschen Zentralarchivs
unter Leitung von Dr. H. Lötzke

Redaktion: E. Brachmann-Teubner und K. Metschies

Redaktionsschluß: Dezember 1970

Abbildungen: ADN-Zentralarchiv (1),
M. Kleindt, Staatsarchiv Weimar (17),
B. Majowski, Deutsches Zentralarchiv Potsdam (4),
W. Danz, VBKD Halle (1),
M. Heinrich, Hochschul-Film- u. Bildstelle
d. M.-L.-Universität Halle (1)

Gestaltung: Leitmeyer/DEWAG Potsdam
Gesamtherstellung:
I/16/01 A9 106/73/71 Druckerei Märkische Volksstimme, Potsdam, A 528

Vorwort

Das Deutsche Zentralarchiv legt anläßlich seines 25jährigen Bestehens mit dieser Veröffentlichung eine Bilanz seiner Arbeitsergebnisse im Rahmen der Entwicklung des sozialistischen Archivwesens der Deutschen Demokratischen Republik vor. In Verbindung damit werden quellenkundliche Informationen über den Gesamtbestand des Archivs aus drei Gesellschaftsepochen gegeben, der für die Auswertung zur Geschichte des deutschen Volkes, für die allgemeine Geschichte und insbesondere für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der Deutschen Demokratischen Republik außerordentlich wertvoll ist. Hinweise auf entsprechende Spezialliteratur sowie auf rechtliche und organisatorische Aspekte der Archivbenutzung ergänzen den Informationsteil. Abbildungen von Archivdokumenten und von Einrichtungen des Archivs sollen zur Veranschaulichung des Textes beitragen. Diese Veröffentlichung ist als Ergebnis sozialistischer Gemeinschaftsarbeit innerhalb des Deutschen Zentralarchivs mit Unterstützung der Staatlichen Archivverwaltung des Ministeriums des Innern entstanden.

Die Publikation soll deutlich machen, daß die umfangreiche Überlieferung im Deutschen Zentralarchiv nicht nur für die großen Forschungseinrichtungen von Bedeutung ist, sondern ebenfalls wichtige Quellen für die Regional- und Heimatgeschichte, besonders auch für die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung enthält. Das Deutsche Zentralarchiv wendet sich mit dieser Veröffentlichung vor allem an die Geschichtswissenschaftler, die Geschichtslehrer, an Propagandisten, Vertreter der Nachbardisziplinen und auch an die Archivare in den verschiedenen Bereichen des sozialistischen Archivwesens. Im Zusammenhang mit dem 25. Jahrestag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wollen die Mitarbeiter des Deutschen Zentralarchivs zugleich die besondere Verpflichtung zum Ausdruck bringen, durch ihre Arbeit auch künftig aktiv mitzuwirken an der weiteren Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik.

Potsdam, im Dezember 1970

Dr. Helmut Lötzke

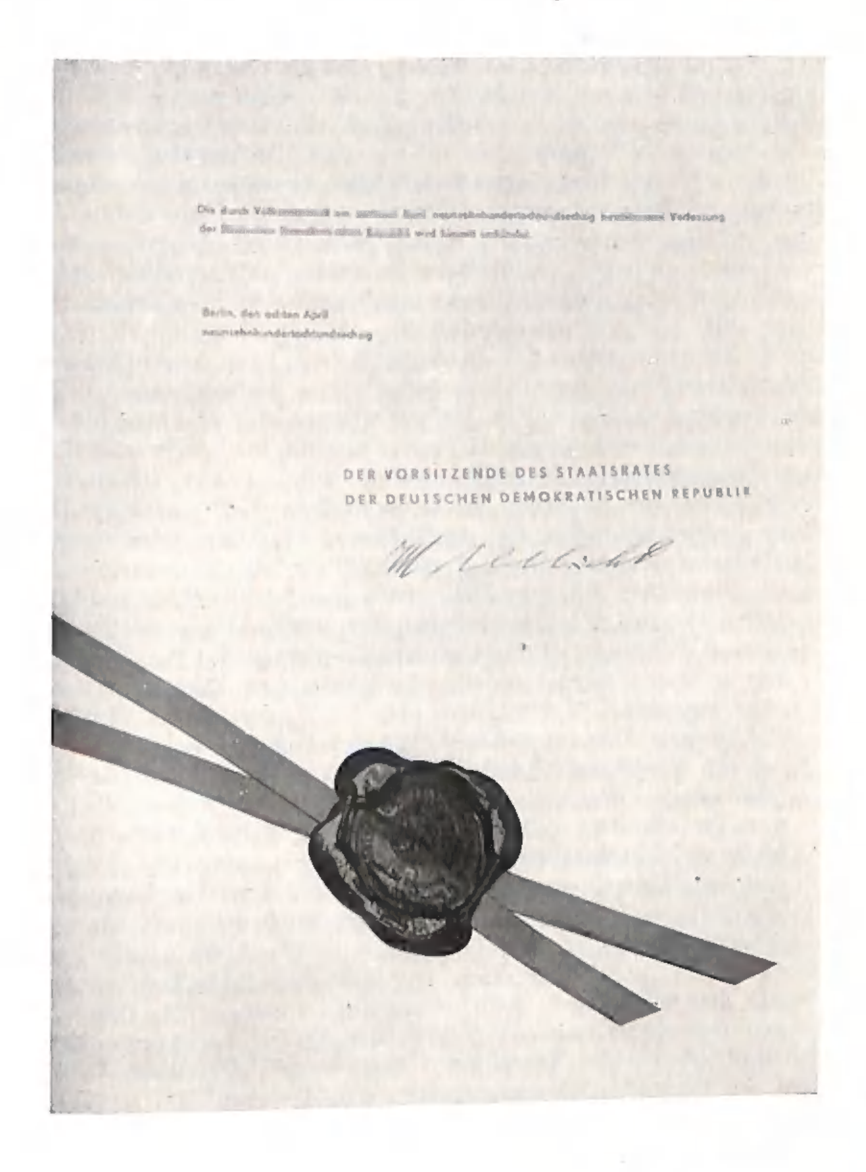
1. Das Deutsche Zentralarchiv im Rahmen des staatlichen Archivwesens der DDR

Das Deutsche Zentralarchiv hat sich seit seiner Gründung im Jahre 1946 im Rahmen des staatlichen Archivwesens der Deutschen Demokratischen Republik zu einer wichtigen Institution der Arbeiter-und-Bauern-Macht herausgebildet. Seine Arbeit in den zurückliegenden 25 Jahren ist ein Spiegelbild der bewußten Gestaltung der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung. In diesem Prozeß hat sich die Deutsche Demokratische Republik unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum sozialistischen deutschen Nationalstaat entwickelt.

Nach der Niederwerfung des faschistischen deutschen Imperialismus durch die ruhmreiche Sowjetarmee hat die geeinte Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei, im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz und mit der tatkräftigen Hilfe der Sowjetunion im Osten Deutschlands eine antifaschistisch-demokratische Ordnung als Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus errichtet. Die materielle Basis des Imperialismus und Militarismus wurde zerschlagen. Mit der Überführung der Konzerne und Banken, der Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher in Volkseigentum begann die Entwicklung des sozialistischen Sektors in der Industrie. Der Grund und Boden wurde an die werktätigen Bauern übergeben, die sich seit 1952 zu sozialistischen Genossenschaften zusammenschlossen. Von entscheidender Bedeutung war die Überwindung der reaktionären imperialistischen Ideologie und die Entwicklung eines sozialistischen Bewußtseins, das zu einer mächtigen Triebkraft beim weiteren sozialistischen Aufbau und bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus wurde. Den Archiven, die in der Vergangenheit dem Imperialismus als Mittel zur ideologischen Manipulation der Volksmassen gedient hatten, wurden dabei wichtige, dem Fortschritt dienende Aufgaben übertragen.

Stellung und Zuständigkeit

Aus der Zugehörigkeit der Archive zum Überbau, dessen Funktion durch die sozialistische Basis bestimmt wird, ergibt sich ihre Klassenfunktion und damit auch die des Deutschen Zentralarchivs als einem Instrument der Arbeiterklasse und ihres Staates. Daraus leitet sich seine Hauptaufgabe ab, die gesellschaftliche Entwick-



Unterschrift und Siegel des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, auf dem historischen Dokument der neuen, sozialistischen Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik.

ADN – Zentralbild.

lung in der DDR durch die Sicherung und Bereitstellung des Archivgutes für die vielfältigen Zwecke der sozialistischen Gesellschaft zu unterstützen. Das bedeutet insbesondere, aktiv an der politischen und ökonomischen Stärkung der DDR, an der Herausbildung und Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins, vor allem des marxistisch-leninistischen Geschichtsbewußtseins mit den spezifischen archivischen Mitteln mitzuwirken. Hierzu gehört selbstverständlich auch die unmittelbare Teilnahme an der Klassenauseinandersetzung mit dem staatsmonopolistischen Herrschaftssystem in der BRD und ihrem Archivwesen.

Die Stellung des Deutschen Zentralarchivs und seine vielfältigen Aufgaben sind rechtsverbindlich festgelegt in der Verordnung des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik über das staatliche Archivwesen vom 17. Juni 1965 (GBl. II S. 567) sowie in den dazugehörigen Durchführungsbestimmungen. Das Deutsche Zentralarchiv (im folgenden DZA) unterscheidet sich von den anderen Archiven innerhalb des staatlichen Archivwesens durch seine Zuständigkeit. Sie umfaßt das Archivgut

- der nach 1945 auf dem Territorium der DDR gebildeten zentralen Organe und Einrichtungen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und der sozialistischen Staatsmacht,
- des zentralen Staatsapparates des ehemaligen Deutschen Reiches von 1867/1871 bis 1945,
- des zentralen Machtapparates des aufgelösten preußischen Staates von seinen Anfängen bis 1945 und der Zentralbehörden des ehemaligen Königreiches Westfalen (1807–1813),
- von Unternehmen und Einrichtungen der Wirtschaft, des politischen und kulturellen Lebens, von Körperschaften und Anstalten, gesellschaftlichen Organisationen und Einzelpersonen aus der Zeit vor 1945, sofern deren Tätigkeit von gesamtstaatlicher Bedeutung war.

Der Sitz des DZA ist Potsdam. Die von ihm übernommenen Bestände sind nach Gesellschaftsformationen gegliedert. Die Überlieferung des ehemaligen preußischen Staates aus der Epoche des Feudalismus und des Kapitalismus ist in einer Historischen Abteilung in Merseburg zusammengefaßt; das Archivgut des früheren Deutschen Reiches aus der Zeit des Kapitalismus befindet sich in Potsdam. Hier wird auch die Überlieferung der sozialistischen Epoche seit 1945 verwahrt.

Entsprechend der festgelegten Zuständigkeit überwiegen die Bestände der zentralen Staatsapparate aus den drei Gesellschaftsepochen. Von großer Bedeutung sind jedoch ebenfalls (für die Zeit bis 1945) die Bestände nichtstaatlicher Herkunft, z. B. Archivgut von kapitalistischen Wirtschaftsverbänden und -unternehmen, Monopolen, Banken, von Parteien und Organisationen (mit Ausnahme

der der Arbeiterbewegung) sowie von Nachlässen einzelner Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Diese Bestände ergänzen das Archivgut aus dem Bereich des zentralen Staatsapparates.

Auf Grund seiner umfassenden Zuständigkeit und des Umfangs seiner Bestände von etwa 60 000 lfm aus mehr als 500 Jahren deutscher Geschichte ist das DZA das größte und bedeutendste staatliche Archiv in der DDR; es gehört zu den größten Zentralarchiven in Europa. Sein Gesamtbestand wächst durch die Erfassung und Sicherung von Archivgut, das bei den zentralen Staats- und Wirtschaftsorganen der DDR entsteht.

Das DZA unterhält über den Rahmen der staatlichen Archivorganisation hinaus vielfältige Beziehungen zu den verschiedenen gesellschaftlichen Archivfonds und weiteren Informationssystemen. An erster Stelle sind hier die sehr engen und fruchtbaren Kontakte zum Archivwesen der SED zu nennen, ferner die Verbindungen zu den Archiven anderer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen, insbesondere des FDGB und der FDJ. Außerhalb des Archivwesens sind hervorzuheben die Beziehungen zu den Bibliotheken, vor allem zur Deutschen Staatsbibliothek in Berlin, zum Museum für Deutsche Geschichte, zu Informations- und Dokumentationsstellen verschiedener gesellschaftlicher Bereiche, vorrangig der Gesellschaftswissenschaft. Mit diesen engen und verzweigten Kooperationsbeziehungen nutzt das DZA die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung, um eine maximale Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse nach komplexen Informationen weitgehend zu erreichen.

Die Beziehungen zu den Nutzern ergeben sich aus der im DZA verwahrten Quellenüberlieferung. Eine wesentliche Grundlage hierfür ist der Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 22. Oktober 1968 über „Die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in der DDR".

Historische Entwicklung

Zu den großzügigen Maßnahmen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (im folgenden SMAD) zur Unterstützung der demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft gehörten auf dem Gebiet von Wissenschaft, Bildung und Kultur die Wiedereröffnung der Universitäten und Hochschulen seit Herbst 1945, die Förderung der demokratischen Entwicklung des Bildungswesens sowie des Bibliotheks- und Archivwesens. Hierzu zählt auch die Gründung des Deutschen Zentralarchivs in Potsdam am 1. Juni 1946. Damit wurde ein Jahr nach der Zerschlagung des faschistischen deutschen Staates bereits eine wichtige archivrechtliche Bestimmung wirksam und zugleich eine wesentliche Voraussetzung für die Auswertung der Dokumente im Interesse der Arbeiterklasse geschaffen. Sie dokumentiert zusammen mit der Rettung wertvollen Kulturgutes wie der berühmten Sammlung der Dresdener Gemäldegalerie, der Bestände großer deutscher Bibliotheken und Archive, in welch hohem Maße die SMAD die Erhaltung und Sicherung deutschen Archivgutes unterstützt und gefördert hat. Dabei ließ sich die Regierung der UdSSR von den Prinzipien leiten, die W. I. Lenin in dem Dekret über die Reorganisation und Zentralisierung des Archivwesens in der RSFSR vom 1. Juni 1918 festgelegt hat.

Aufgabenstellung und Zuständigkeit des DZA sind bereits zu diesem Zeitpunkt umfassend angelegt worden. An erster Stelle standen die Erfassung und Aufbereitung der geretteten Bestände des ehemaligen Reichsarchivs, des ehemaligen Preußischen Geheimen Staatsarchivs und des Brandenburg-Preußischen Hausarchivs. Diese Archive waren zusammen mit anderen staatlichen Einrichtungen des ehemaligen Deutschen Reiches und Preußens durch Kontrollratsgesetz aufgelöst worden. Hinzu kam in den folgenden Jahren die Erfassung der neuen archivalischen Überlieferung aus den Zentralverwaltungen der Sowjetischen Besatzungszone bzw. den zentralen Staats- und Wirtschaftsorganen der DDR. Zu den Aufgaben des DZA gehörte bis zur Bildung der Hauptabteilung Archivwesen des Ministeriums des Innern nach der Gründung der DDR auch die Bearbeitung von Archivfragen für das Gebiet der damaligen Sowjetischen Besatzungszone.

Die ersten Jahre des Wiederaufbaus waren wie auch auf den anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens sehr schwer. Die Gebäude des früheren Reichsarchivs in Potsdam hatten anglo-amerikanische Bomber noch kurz vor Kriegsende zerstört und die Archivalien, soweit sie nicht ausgelagert worden waren, dabei zum großen Teil vernichtet. Es war zunächst nur eine kleine Gruppe von Mitarbeitern, die unter Überwindung großer Schwierigkeiten das noch vorhandene Archivgut aus den Trümmern des ehemaligen

Deutsche Zentralverwaltung
für Volksbildung
in der Sowjetischen Besatzungszone

Berlin, den 2. Juli 194[illegible]

63

Betr.: Zentralarchiv.

Durch Erlass der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung # 497/46 vom 8.5.46 ist in der Sowjetischen Besatzungszone ein Zentralarchiv mit dem Sitz in Potsdam-Wildpark, Neuer Marstall eingerichtet worden. Die Aufgaben des Zentralarchivs sind:

1.) Sammlung aller archivreifen Akten der deutschen Zentralverwaltungen in der Sowjetischen Besatzungszone, des zeitgeschichtlichen Materials der Parteien, der Gewerkschaft, der Freien deutschen Jugend und anderer antifaschistischen Organisationen,

2.) Erfassung aller Akten der ehemaligen deutschen Zentralbehörden (Reichsministerien) und deren unmittelbar unterstellten Dienststellen sowie der sich noch findenden Akten des aufgelösten Heeres in der gesamten russischen Besatzungszone mit Ausnahme des Bereichs der Stadt Berlin,

3.) die archivmässige Bereitung des gesammelten Materials zur wissenschaftlichen Forschung und für Zwecke der Zentralverwaltungen.

Die Landes- und Provinzialverwaltungen werden ersucht, ihre unterstellten Behörden, Oberlandräte, Landräte und Verwaltungen der kreisfreien Städte anzuweisen, dem Zentralarchiv unmittelbar die in ihrem Bereich aufgefundenen Akten der unter 2 genannten Behörden mitzuteilen, damit eine Auf[illegible] [illegible] Zentralarchiv erfolgt. Einzelstücke können auch ohne vorherige Mitteilung an das Archiv übersandt werden.

Prof. Dr. Brugsch

Gründung und Aufgabenstellung des Deutschen Zentralarchivs, 1946.
R – 2, Nr. 14.

Reichsarchivs und bei den aufgelösten Reichs- und preußischen Behörden sichergestellt hat. Im Jahre 1948 umfaßte der Gesamtbestand des DZA in Potsdam rund 1000 lfm.
Im gleichen Jahr übergab die SMAD die während des Krieges in die Kalibergwerke bei Staßfurt und Schönebeck (Elbe) eingelagerten und von ihr inzwischen gesicherten Bestände an die Landesregierung Sachsen-Anhalt, die für die Verwaltung dieser umfangreichen Bestände ein „Deutsches Staatsarchiv" bildete. Das in Merseburg eingerichtete Archiv gehört seit dem 1. Januar 1950 (jetzt als eine Historische Abteilung) zum DZA. Es verwahrt nach der Übergabe zahlreicher Bestände an andere zuständige Archive das Archivgut aus der zentralen Ebene des ehemaligen preußischen Staates bis 1945 und entsprechender Einrichtungen nichtstaatlicher Herkunft.
In Fortsetzung der Übergabeaktion von 1948 hat die Regierung der UdSSR in mehreren Etappen von 1952/53 bis 1959/60 das nach dem Sieg über den Faschismus sichergestellte Archivgut, von dem ein Teil bereits für die Verhandlungen des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg als Beweismaterial zur Verfügung gestellt und damit erstmalig für fortschrittliche, demokratische Zwecke genutzt worden war, an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik übergeben. Der größte Teil von diesen etwa 3 Millionen Akten entfiel auf das DZA in Potsdam und Merseburg, dessen Gesamtbestand sich dadurch sowie durch die eigene Ermittlung und Übernahme von Beständen bzw. Teilbeständen innerhalb der DDR bis 1959 auf etwa 48 000 lfm erhöht hatte. Zu seiner Unterbringung reichte der vorhandene Magazinraum nicht mehr aus. Im Sommer 1955 erhielt das DZA in Potsdam daher ein neues Verwaltungs- und Magazingebäude und 1956/57 einen zweiten Magazinbau. Auch in Merseburg wurden umfangreiche Baumaßnahmen zur Erweiterung der dortigen Gebäudekapazität durchgeführt.
Nach der Gründung der DDR entwickelte sich im DZA mit Hilfe der im Ministerium des Innern geschaffenen zentralen Leitung für das staatliche Archivwesen und gestützt auf die zu Beginn der 50er Jahre erlassenen archivgesetzlichen Bestimmungen eine planmäßige und erfolgreiche Arbeit. Neben die Bestände aus den historischen Epochen trat nun in zunehmendem Maße das aus der Tätigkeit der zentralen Organe und Einrichtungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht neu entstandene Archivgut. Während im Bereich der Staatsarchive dieser Prozeß bereits in Auswirkung des Gesetzes über die weitere Demokratisierung des Aufbaues und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR vom 23. Juli 1952 begann, übernahm das DZA Archivgut der sozialistischen Epoche in größerem Umfang erst ab 1958, insbesondere bedingt



Deutsches Zentralarchiv, Potsdam, Teilansicht eines Innenhofes.

durch die Beschlüsse des V. Parteitages der SED über die Umgestaltung der Leitung und Organisation in der sozialistischen Wirtschaft der DDR. Mit der Übergabe von Archivgut der in diesem Zusammenhang aufgelösten bzw. umgebildeten zentralen Organe der Arbeiter-und-Bauern-Macht an das DZA begann ein neuer entscheidender Abschnitt in seiner Entwicklung. Dem Archiv wurde die Anleitung und Kontrolle der Verwaltungsarchive der zentralen Staats- und Wirtschaftsorgane in allen archivfachlichen Fragen im Auftrage des Ministeriums des Innern – Staatliche Archivverwaltung – sowie die Sicherung und wissenschaftliche Aufbereitung der übernommenen und noch zu übernehmenden Bestände übertragen.
Diese Aufgaben führten zur Herausbildung der Abteilung Sozialismus in Potsdam, die mehr und mehr das Profil des DZA und seine zukünftige Arbeit bestimmt. Ihre Tätigkeit konzentrierte sich in den ersten Jahren auf die Unterstützung der zentralen Organe bei der Einrichtung und beim Aufbau von Verwaltungsarchiven, auf die Beratung und methodische Anleitung bei der Gestaltung der Schriftgutverwaltung, auf die Sicherung und Erfassung des Archivgutes.
In den letzten Jahren ist eine gewisse Aufgabenverlagerung erfolgt. Sie ist bedingt durch das in allen Bereichen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft stark anwachsende Informationswesen, dessen Umfang und Komplexität eine mehrstufige Bewertung der Informationen erfordert, bevor die langfristig aufzubewahrende dokumentarische Überlieferung in das Archiv gelangt. Dieser Prozeß sowie die Integration der Verwaltungsarchive in die einheitlichen Leitungs- und Informationssysteme der zentralen Staats- und Wirtschaftsorgane führt zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen ihnen und dem DZA.
Die Entwicklung des DZA und seine Leistungen im Rahmen des staatlichen Archivwesens der DDR festigten auch seine Stellung im internationalen Maßstab. Zusammen mit der Staatlichen Archivverwaltung sowie den großen Staatsarchiven wurde es im Jahre 1956 in den bei der UNESCO bestehenden Internationalen Archivrat aufgenommen.
Die entscheidende Voraussetzung für die Lösung der vielfältigen Aufgaben im Interesse der sozialistischen Gesellschaft bestand in der Durchsetzung der einheitlichen politisch-ideologisch begründeten Zielstellung gemäß den Beschlüssen von Partei und Regierung, den gesetzlichen Bestimmungen und den Prinzipien einer wissenschaftlichen Leitungstätigkeit. Auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Theorie und ihrer schöpferischen Umsetzung wurden alle Mitarbeiter des Archivs zum selbständigen und klassenbewußten Handeln, zur Mitverantwortung und zur Parteinahme

CONSEIL INTERNATIONAL DES ARCHIVES

INTERNATIONAL COUNCIL ON ARCHIVES

19, Avenue Kléber
Paris-XVIe

Deutsches Zentralarchiv,
P O T S D A M

Monsieur le Directeur,

J'ai le plaisir de vous informer que, dans l'Assemblée Constituante tenue à Florence le 25 septembre 1956, le Conseil International des Archives a reçu le Deutsches Zentralarchiv au nombre de ses membres.

En souhaitant à votre institution la bienvenue parmi nous, je vous prie d'agréer, Monsieur le Directeur, l'assurance de ma considération très distinguée.

Le Président:

Aufnahme des Deutschen Zentralarchivs als Mitglied in den Internationalen Archivrat bei der UNESCO, 1956.

für die Sache der Arbeiterklasse erzogen. Die erreichten Leistungen waren nur auf dieser Grundlage und durch den Aufbau einer sozialistischen Arbeits- und Wissenschaftsorganisation möglich.

In Anwendung von allgemeinen Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der DDR wurde in wachsendem Maße die sozialistische Gemeinschaftsarbeit eingeführt. Der sozialistische Wettbewerb, Leistungsvergleiche und der Kampf um den staatlichen Ehrentitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit" haben eine effektivere Nutzung der vorhandenen personellen und materiellen Potenzen ermöglicht. Besonders hervorzuheben ist dabei die führende Rolle der SED. Die Gewerkschaft, die FDJ und andere gesellschaftliche Organisationen haben im Rahmen ihrer Aufgaben ebenfalls Einfluß auf die Lösung der politischen, ideologischen und fachlichen Probleme genommen, die sich bei der Aufstellung und Erfüllung der staatlichen Pläne ergaben. Das sozialistische Bewußtsein der Mitarbeiter, ihre Aktivität und schöpferische Eigeninitiative erreichten in diesem Prozeß ein höheres Niveau und bildeten die Voraussetzung zur Erfüllung der ständig steigenden gesellschaftlichen Anforderungen an das Archiv.

Das DZA ist eine Einrichtung der Staatlichen Archivverwaltung des Ministeriums des Innern. Es trägt mit seiner ganzen Kraft zur Stärkung der DDR bei. In seiner Funktion und der gesamten Tätigkeit unterscheidet es sich grundsätzlich von dem ehemaligen Reichsarchiv in Potsdam, von dem Kurt Tucholsky bereits 1922 völlig zutreffend sagte, „... daß es auf Kosten der Republik die Dolchstoßlegende ins Volk lügt". Das 1952 gegründete Bundesarchiv in Koblenz setzt dagegen die Politik des früheren Reichsarchivs unter den neuen Bedingungen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in der BRD fort. Es vertritt auf archivischem Gebiet die Alleinvertretungsanmaßung der BRD und hat in seiner gesamten bisherigen Tätigkeit die dort offen auftretenden revanchistischen und militaristischen Kräfte unterstützt, andererseits aber nichts unternommen, um Kriegsverbrecher und aktive Faschisten in führenden Positionen mit Hilfe von Archivdokumenten zu entlarven. Dagegen werden diese Bestände nachweisbar zur Rehabilitierung und Reaktivierung faschistischer Kräfte im zivilen und militärischen Bereich genutzt (einschließlich der amtlichen Bestätigung von faschistischen Orden und Ehrenzeichen). Das sogenannte Ostarchiv des Bundesarchivs fördert mit seinen Dokumentationen die revanchistische Politik in der BRD, während das Filmarchiv maßgeblich an der Manipulierung der öffentlichen Meinung über die Massenmedien beteiligt ist. Auch die Schriftenreihe des Bundesarchivs dokumentiert mit ihrer inhaltlichen Gestaltung seine Integration in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem der BRD.

In der Gründung der Stiftung „Preußischer Kulturbesitz" (1957) kommen in gleicher Weise die Alleinvertretungsanmaßung und die restaurativen Bestrebungen der BRD zum Ausdruck. Für das Archivwesen ist dabei die Neueinrichtung des früheren Geheimen Staatsarchivs in der selbständigen politischen Einheit Westberlin von Bedeutung, das in völliger Verkennung der politischen Realitäten sogar Ansprüche auf die gesamte archivalische Überlieferung der zentralen Ebene des ehemaligen preußischen Staates erheben möchte.

Aufgaben und Arbeitsergebnisse

Das Ziel der archivarischen Arbeit in der DDR ist die Erfassung und Aufbereitung des Archivgutes für die Nutzung durch die sozialistische Gesellschaft. Hierzu sind zahlreiche, sich wechselseitig bedingende Aufgaben durchzuführen wie

- die Erfassung, Sicherung und Übernahme des Archivgutes aus dem Zuständigkeitsbereich des DZA in enger Zusammenarbeit mit den zentralen Staats- und Wirtschaftsorganen der DDR,
- die Bewertung der dokumentarischen Überlieferung zur Ermittlung des Archivgutes und die Vernichtung (Kassation) der von der Gesellschaft nicht mehr benötigten Informationen,
- die Ordnung, Verzeichnung und weitere Erschließung des Archivgutes,
- die substantielle Erhaltung des Archivgutes durch Konservierungs- und Restaurierungsmaßnahmen,
- die Auswertung des Archivgutes vor allem für Politik, Wissenschaft und Ökonomie einschließlich der Informationstätigkeit, Öffentlichkeitsarbeit und Publikationstätigkeit.

Diese Vielzahl der Aufgaben bleibt dem Archivbenutzer oder dem Außenstehenden oft verborgen. Auch ist zum Teil unbekannt, daß das Archiv nicht nur für die wissenschaftliche Forschung arbeitet, sondern ebenso und zeitweilig in noch stärkerem Maße politische und ökonomische Aufgaben im Bereich des Staates und der Wirtschaft sowie auf dem Gebiet von Ideologie und Kultur zu erfüllen hat. Die Lösung dieser Aufgaben setzt die schöpferische Leistung des Archivars auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, gründlicher Kenntnisse der historischen Entwicklung und einer umfassenden analytischen Tätigkeit bei der differenzierten Aufbereitung des Archivgutes voraus.

Die Aufgaben des DZA sind bestimmt durch die allgemeine Zielsetzung für die politische und wissenschaftliche Arbeit in der DDR. Grundlage hierfür waren und sind die Beschlüsse der SED, vornehmlich der Beschluß des Zentralkomitees der SED vom 5. Juli 1955 über die „Verbesserung der Forschung und Lehre in der Ge-



Verfilmung von Archivgut in der Bildstelle.



Konservierung von Archivgut mit einem Laminator.

schichtswissenschaft der DDR", das auf dem VII. Parteitag beschlossene Programm zur Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR sowie der Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 22. Oktober 1968.

Vorrangige Bedeutung in der Arbeit des DZA hat die Aufbereitung des Archivgutes zur Unterstützung der Friedenspolitik der DDR und des Kampfes gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in der BRD. Die in diesem Rahmen geleisteten Arbeiten betrachten die Archivare des DZA als ihren spezifischen Beitrag zur Klassenauseinandersetzung in der Gegenwart. Seit zwei Jahrzehnten nutzen sie die in ihre Obhut gegebenen Archivalien zur Entlarvung von Nazi- und Kriegsverbrechern in der BRD und in der selbständigen politischen Einheit Westberlin. In Durchführung des „Beschlusses des Ministerrates vom 28. Mai 1964 über die Erfassung und Auswertung der in der DDR befindlichen Dokumente über die Zeit der Hitlerdiktatur" wirken sie aktiv mit an den Aktionen gegen die völkerrechtswidrigen Bestrebungen der Regierung der BRD zur Verjährung von Nazi- und Kriegsverbrechen.

Eine weitere wesentliche Aufgabe ist die Unterstützung der Forschungsvorhaben der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in Realisierung des Beschlusses des Politbüros des ZK der SED vom 22. Oktober 1968. Das gilt besonders für die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft bei der Erforschung der Geschichte des deutschen Volkes sowie bei den weiteren Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und auf anderen Teilgebieten der Geschichte. Wichtige Beiträge des DZA zur Unterstützung der Quellenforschung sind unter anderem die Übersicht über die Bestände des Deutschen Zentralarchivs Potsdam, das Spezialinventar zur Geschichte der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in Preußen 1810–1933, das Spezialinventar zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Quellenzusammenstellungen zur Geschichte der I. Internationale, zur Geschichte der Novemberrevolution und des zweiten Weltkrieges (s. Literaturangaben S. 48, 66, 73). Die Forschungsvorhaben wurden auch durch Mitarbeit in Kommissionen und Arbeitskreisen des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, des Zentralinstituts für Geschichte bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen gefördert. Das DZA wird hier nicht zuletzt wirksam durch eine intensive Benutzerberatung sowie eine vorrangige Quellenerschließung für Schwerpunkte der geschichtswissenschaftlichen Forschung.

Die Mitwirkung bei der sozialistischen Bewußtseinsbildung und bei der Befriedigung kultureller Interessen der Werktätigen durch Bereitstellung und Auswertung archivalischer Quellen wird vom DZA als eine sehr bedeutungsvolle Aufgabe angesehen. Bei der Nutzung von Quellen für diese Zwecke spielt ihre Beweiskraft, ihre Authentizität und die unmittelbare Widerspiegelung historischer Ereignisse und Prozesse eine besondere Rolle. Vornehmlich sind Quellen, die die demokratischen und kulturellen Leistungen des deutschen Volkes, die revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse dokumentieren, geeignet, den Prozeß der sozialistischen Bewußtseinsbildung zu fördern. Ein spezielles Anliegen der Archivare war und ist in diesem Rahmen die Einflußnahme auf die Bewußtseinsbildung der Jugend durch Archivführungen für Teilnehmer an der Jugendweihe, die Gestaltung von Jugendstunden, über Patenschaftsverträge mit Schulklassen in Merseburg und Potsdam, durch Bereitstellung von Material für den Geschichtsunterricht und von Quellen über Persönlichkeiten der antifaschistischen Widerstandsbewegung.

Für die Auswertung durch die Massenmedien Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen wurden ebenfalls vielfach Archivalien zur Verfügung gestellt. Das trifft in besonderem Maße zu für die Vorbereitung von Filmen der DEFA wie Ernst Thälmann, Sohn seiner Klasse; Die Unbesiegbaren, Du und mancher Kamerad, Unternehmen Teutonenschwert, Ein Tagebuch für Anne Frank, So lange Leben in mir ist, Wer einmal aus dem Blechnapf frißt sowie für andere Spiel- und Dokumentarfilme.

Darüber hinaus hat das DZA mitgewirkt an repräsentativen Ausstellungen in und außerhalb der DDR. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit ist die Zusammenarbeit mit den Kommissionen der Bezirks- und Kreisleitungen der SED zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, vor allem in Merseburg, hervorzuheben.

Zunehmende Bedeutung erlangte die technisch-ökonomische Nutzung von Archivgut. Das DZA stellte Staats- und Wirtschaftsorganen Unterlagen zur Durchführung von Forschungs- und Bauvorhaben zur Verfügung z. B. Zeichnungen für den Autobahnbau bzw. die -instandhaltung sowie für den Wiederaufbau der Deutschen Staatsoper in Berlin. Dadurch konnten erhebliche Mittel für die Volkswirtschaft eingespart werden.

Dem Charakter eines sozialistischen Archivs entsprechend unterstützt das DZA durch Bereitstellung von Dokumenten die Bürger bei der Wahrnehmung persönlicher Rechte.

Die wissenschaftliche Forschungs- und Publikationstätigkeit konzentriert sich auf die Information der Nutzer über die vorhandenen Quellen und ihre Auswertungsmöglichkeiten, auf die Geschichte

des Staatsapparates in den verschiedenen Gesellschaftsepochen sowie auf die marxistisch-leninistische Archivwissenschaft. An ihrer Herausbildung waren und sind die Mitarbeiter des DZA in starkem Maße beteiligt. Quellenpublikationen werden in der Regel in Kooperation mit der Geschichtswissenschaft oder anderen Forschungsinstitutionen erarbeitet; eigene Editionen treten demgegenüber noch zurück, da die Aufbereitung der Archivalien für eine umfassende Auswertung im Vordergrund steht.

Eine völlig neue Aufgabe wurde dem DZA seit 1950 mit der Aus- und Weiterbildung von Fachkadern verschiedener Qualifikationsstufen (Diplomarchivare, Staatlich geprüfte Archivare, Archivassistenten) übertragen. Hierfür besonders geeignete Mitarbeiter waren und sind eingesetzt als nebenamtliche Lehrkräfte am Bereich Archivwissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin, an der Fachschule für Archivwesen in Potsdam, an der Lehrlingsausbildung und Praktikantenbetreuung sowie bei der Erarbeitung von Lehrprogrammen und Ausbildungsmaterialien. In Durchführung der 3. Hochschulreform wird sich der Anteil des Archivs an der Nachwuchsausbildung insbesondere durch den Ausbau des wissenschaftlich-produktiven Studiums weiter erhöhen. Große Bedeutung hat die Aus- und Weiterbildung der eigenen Mitarbeiter vor allem von Frauen und Jugendlichen zur Vorbereitung auf die qualifizierte Lösung der künftigen Aufgaben. Die gesetzliche Grundlage hierfür bildet der Beschluß der Volkskammer der DDR über die Grundsätze für die Aus- und Weiterbildung der Werktätigen bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR vom 16. September 1970.

Literaturhinweise:

Taschenbuch Archivwesen der DDR. Berlin 1971. – Jahrbuch der Bibliotheken, Archive und Informationsstellen in der DDR. 1 (1959) – 5 (1966/67). Berlin/Leipzig 1961–1969. – Aufbau und Entwicklung des Archivwesens der DDR. Hrsg. v. d. Staatl. Archivverwaltung des Ministeriums des Innern. Berlin 1959. – Lötzke, H.: Zehn Jahre Deutsches Zentralarchiv. In: AM 6 (1956), S. 33–41. – Ders. u. a.: Deutsches Zentralarchiv Potsdam und Merseburg. In: AM 9 (1959), S. 143–152. – Hochmuth, W.: Das Deutsche Zentralarchiv – 20 Jahre im Dienste des sozialistischen Aufbaus. In: AM 16 (1966), S. 122–124. – Deutsches Zentralarchiv – Historische Abteilung II Merseburg. Erfurt 1971. – Brachmann, B.: Die Pflicht zur nationalen Verantwortung. Notwendige Gedanken zur Schriftenreihe des Bundesarchivs Koblenz. In: AM 16 (1966), S. 169–173. – Kohnke, M.: Das Archivwesen als Bestandteil der souveränen sozialistischen DDR. Eine Zurückweisung westdeutscher Alleinvertretungsansprüche. In: AM 18 (1968), S. 153–157. – Dies.: Das westdeutsche Archivwesen im Dienste des staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: AM 19 (1969), S. 213–215. – Weiser, J.: Erfahrungen und Probleme bei der Leitungstätigkeit im Deutschen Zentralarchiv. In: AM 18 (1968), S. 98–104.

2. Das Deutsche Zentralarchiv als Stätte der Aufbereitung und Auswertung historischer Quellen

Entwicklung des Gesamtbestandes

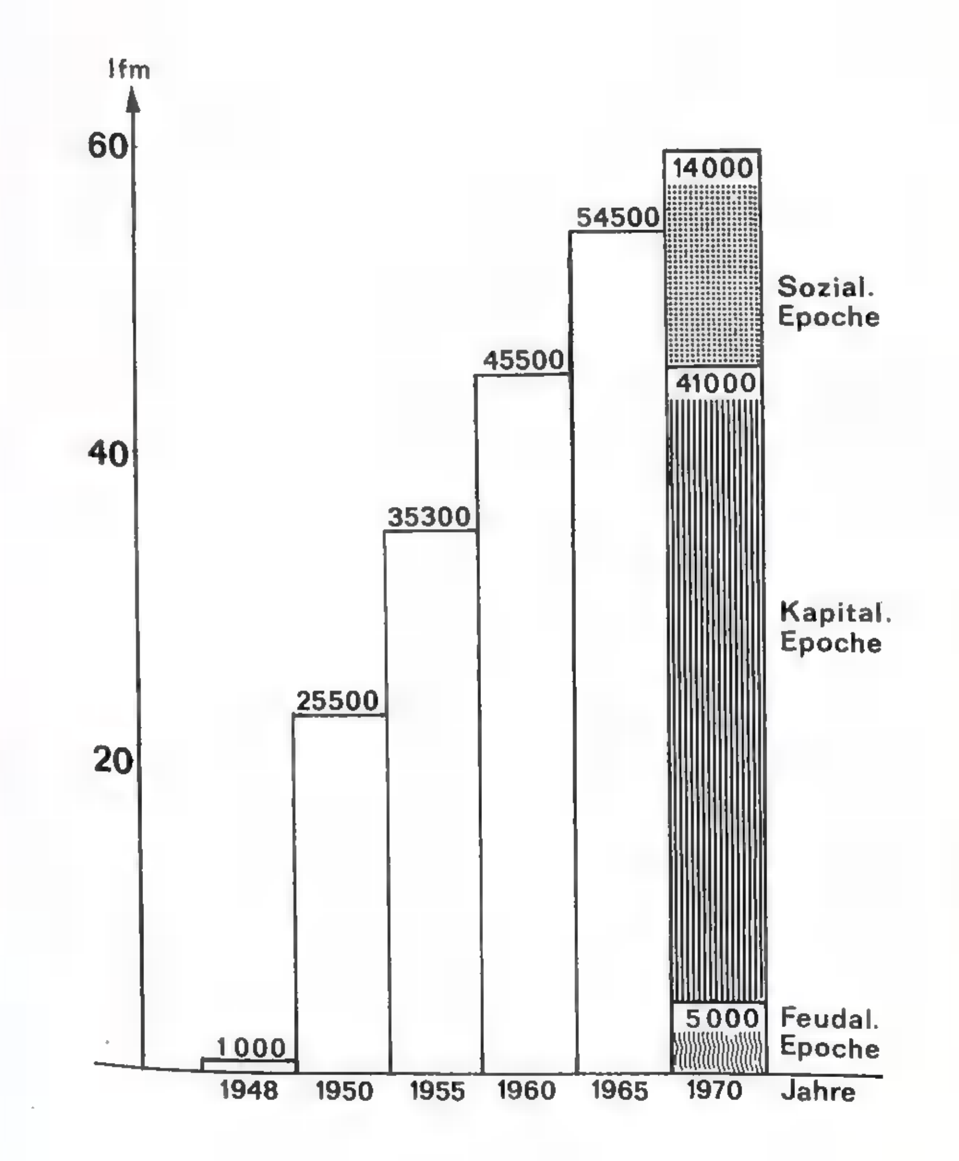
Der Gesamtbestand des DZA umfaßt etwa 60 00 lfm, davon über 5000 lfm aus der Epoche des Feudalismus, etwa 41 000 lfm aus der kapitalistischen Epoche und rund 14 000 lfm aus der sozialistischen Epoche. Der Schwerpunkt dieser archivalischen Überlieferung liegt seiner Herkunft nach auf dem Archivgut aus der Tätigkeit des Staatsapparates der verschiedenen Gesellschaftsformationen. Die schriftliche Überlieferung der staatlichen Organe und Einrichtungen wird besonders für die kapitalistische Epoche bis 1945 ergänzt durch aussagekräftiges Archivgut anderer gesellschaftlicher Bereiche wie Parteien und Interessenorganisationen, Banken, Monopole und andere Wirtschaftsunternehmen sowie Nachlässe von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Hinzu kommen eine Reihe von größeren archivischen Sammlungen (s. S. 62, 63 f., 82 f.).

Die Überlieferung setzt zeitlich mit dem 13. Jh. ein, wird jedoch erst mit dem 15. Jh. dichter und ist dann relativ geschlossen für das 18. und 19. Jh. bis zum Jahr 1918 erhalten. Für die Zeit von 1918—1945 nimmt die Überlieferungsdichte mehr und mehr ab. Aus der sozialistischen Epoche befindet sich bereits sehr bedeutsames Archivgut für den Zeitraum bis 1965 im DZA.

In territorialer Hinsicht erstreckt sich der Geamtbestand auf das Staatsgebiet der Deutschen Demokratischen Republik, auf das Gebiet des früheren Deutschen Reiches, des ehemaligen Staates Preußen sowie des früheren Königreiches Westfalen.

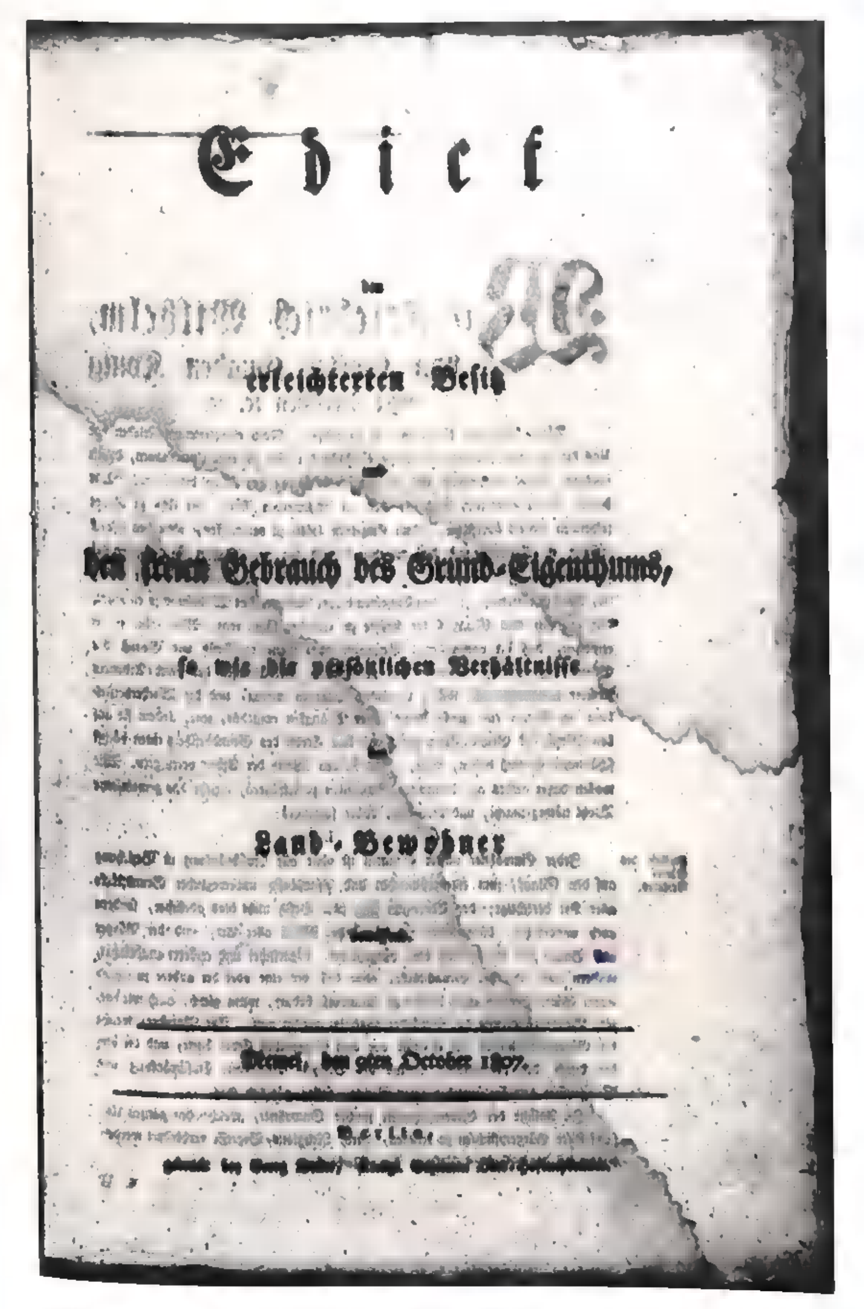
Der folgende knappe Überblick über die organisationsgeschichtliche Entwicklung in den drei Gesellschaftsformationen mit dem Schwerpunkt auf der Geschichte des Staatsapparates soll den Nutzern des Archivs die Entwicklung und Zusammensetzung des Gesamtbestandes verständlich machen.

Die Entwicklung des zentralen freudalistischen Staatsapparates in Brandenburg-Preußen setzte wie in anderen deutschen Territorialstaaten mit der Herausbildung des landesherrlichen Rates und der Kanzlei ein. Im Verlauf des 16. bis 18. Jhs. bildeten sich weitere Zentralbehörden für die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche bzw. für einzelne Landesteile heraus. Mit dem Beginn der kapitalistischen Entwicklung in Deutschland kam es am Anfang des 19. Jhs. auch in Preußen durch die Stein-Hardenbergschen Verwaltungs-



Graphische Darstellung der Bestandsentwicklung.

reformen zum Aufbau eines modernen zentralen Staatsapparates, in dessen Mittelpunkt die neuen, nach gesellschaftlichen Bereichen gegliederten Fachministerien standen (Ministerien für Inneres, Äußeres, Finanzen, Justiz, Militär). Nach der Niederschlagung der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 kam es zur Herausbildung weiterer Zentralbehörden, so vor allem des Ministeriums für Handel und Gewerbe (Wirtschaftsministerium) und des Ministeriums für Landwirtschaft, in dessen Ressort ab 1878 auch die Domänenverwaltung fiel. Durch die Einführung der oktroyierten Verfassung von 1851 wurde Preußen zu einer konstitutionellen Monarchie; es entstand das nach dem reaktionären Dreiklassenwahlrecht gewählte preußische Zweikammerparlament (Abgeordnetenhaus und Herrenhaus). In der Zusammensetzung des preußischen Staatsministeriums trat durch die Schaffung der Institution des Ministerpräsidenten eine Veränderung ein.
Im Ergebnis der Einigung Deutschlands „von oben" unter preußischer Hegemonie entstand 1871 unter militaristisch-reaktionärem Vorzeichen als ein Klassenkompromiß zwischen Junkertum und Großbourgeoisie das Deutsche Reich. Sein reaktionärer Charakter bestimmte die gesamte Politik und damit auch die Gestaltung der Staatsmacht. Die herrschenden Klassen griffen beim Aufbau des zentralen Staatsapparates des Deutschen Reiches weitgehend auf den ausgestalteten Herrschafts- und Machtapparat Preußens zurück. Diese Verklammerung zwischen dem Deutschen Reich und Preußen zeigte sich unter anderem darin, daß der deutsche Kaiser und preußische König sich bei der Wahrnehmung von Reichsaufgaben sehr stark auf preußische Behörden stützte, die Funktion des Reichskanzlers mit der des preußischen Ministerpräsidenten verbunden war und der preußische Generalstab faktisch die Zentralbehörde für die militärpolitischen und operativen Planungen des deutschen Imperialismus war. Als zentrale Behörde bearbeitete das Reichskanzleramt — mit Ausnahme wesentlicher militärischer — alle innen- und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten des Deutschen Reiches, bis sie auf die aus dem Reichskanzleramt herausgelösten obersten Reichsbehörden übergingen (z. B. Reichsjustizamt, Reichskanzleramt für Elsaß-Lothringen, Reichsschatzamt). Die Reichsämter waren direkt dem Reichskanzler unterstellt. Das Reich besaß für viele Rechtsgebiete die ausschließliche Gesetzgebungsbefugnis. Die Exekutive lag dagegen bei den Einzelstaaten. Über einen eigenen Verwaltungsunterbau verfügte das Reich daher nicht. Im Zusammenhang mit der weiteren ökonomischen und politischen Entwicklung Deutschlands erfolgte der Ausbau des Staatsapparates durch die Bildung neuer Reichsämter. Besondere Bedeutung hatte das Reichskolonialamt (1907), das zentrale Organ für die imperialistische Kolonialpolitik.


Edict

erleichterten Besitz

den freien Gebrauch des Grund-Eigenthums,

so wie die persönlichen Verhältnisse

Land-Bewohner

Memel, den 9ten October 1807.

Berlin,

Edikt über die Aufhebung der Leibeigenschaft in Preußen, 1807.
Rep. 87 B, Nr. 17 134 Bl. 145.

Im ersten Weltkrieg kam es zu einer umfassenden Zentralisierung und Militarisierung des Staats- und Machtapparates. In zunehmendem Maße erfolgte die Verschmelzung der Macht der Monopole mit der des Staates, die ihre Widerspiegelung in der Organisation des Staatsapparates fand (z. B. Kriegswirtschaftsorganisationen).
Die Novemberrevolution von 1918 führte zum Sturz der Hohenzollern-Monarchie und der kaiserlichen Regierung, zur Beseitigung der Fürstenherrschaft in den deutschen Einzelstaaten. Obwohl in vielen Orten Deutschlands die Arbeiter- und Soldatenräte die Machtpositionen erobert hatten, blieb fast überall der alte Staatsapparat unangetastet. Das galt insbesondere für die Behörden des Reiches und Preußens. Die Niederschlagung der revolutionären Kräfte im Verlauf der Novemberrevolution durch die deutschen Imperialisten und Militaristen ebnete der herrschenden Klasse den Weg, ihre Machtposition durch die Gründung der Weimarer Republik aufrecht zu erhalten. Die auf Grund der Weimarer Verfassung gebildete Reichsregierung war das oberste Exekutivorgan des imperialistischen deutschen Staates und setzte sich aus dem Reichskanzler und den Reichsministerien zusammen. Die Reichsämter wurden 1919 in Reichsministerien umgewandelt.
Das durch die Weimarer Verfassung veränderte Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern beeinflußte die gesamte Organisation des Staatsapparates. Das Reich schuf sich für die verschiedenen Verwaltungszweige (z. B. im Verkehrs-, Finanz- und Sozialwesen) einen organisierten Verwaltungsunterbau, jedoch behielten die Länder wichtige exekutive Funktionen im Gesamtrahmen des imperialistischen Unterdrückungsapparates (z. B. im Bereich des Polizei- und Justizwesens).
Kennzeichnend für die Lage der herrschenden Klasse und ihres Staatsapparates in der Zeit von 1919 bis 1933 ist die Tatsache, daß in zunehmendem Maße zur Bewältigung der politischen und wirtschaftlichen Widersprüche Sonderbehörden wie Reichskommissare mit zum Teil außerordentlichen Befugnissen auf dem Gebiet der Innen- und Wirtschaftspolitik sowie Sondergerichte eingesetzt wurden. Auf Grund der Artikel 25 und 48 der Reichsverfassung erfolgte in den letzten Jahren der Weimarer Republik in zunehmendem Maße die Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie und der Übergang zu faschistischen Herrschaftsmethoden. Die Präsidialkabinette wurden zu Wegbereitern der offenen faschistischen Diktatur.
Zur Verwirklichung der reaktionären innen- und außenpolitischen Ziele des deutschen Monopolkapitals erfolgte nach 1933 der stärkere Ausbau des faschistischen Macht- und Unterdrückungsapparates in zwei Hauptrichtungen: 1. durch die Umgestaltung der alten aus der Weimarer Republik übernommenen Staatsorgane;

2. durch die Schaffung neuer Staatsorgane, die zum Teil aus der Verschmelzung von faschistischer Partei und Staat sowie von Monopolorganisationen und Staat entstanden. In umfassender Weise ging die herrschende Klasse an den konzentrierten Ausbau der spezifischen Macht- und Unterdrückungsorgane auf dem Gebiet der Justiz („Volksgerichtshof") und des außergerichtlichen Terrorapparates (Konzentrationslager, Geheime Staatspolizei) mit der Hauptstoßrichtung gegen die Arbeiterklasse. Zur faschistischen Manipulierung der Volksmassen wurde ein umfassender Propagandaapparat errichtet. Die Verschmelzung der Macht von Monopolen und Staat schritt in der Zeit 1933—1945 rasch voran. Das hatte entscheidende Auswirkungen auf die Struktur des Staatsapparates. Die völlige Unterwerfung der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche unter das staatsmonopolistische Herrschaftssystem erreichte bis 1945 ein bis dahin nicht gekanntes Ausmaß. Zur Erreichung kurzfristiger Nahziele der faschistischen Herrschaft wurden in zunehmendem Maße Sonderbehörden mit zum Teil umfassender Zuständigkeit gebildet wie Kommissare, Beauftragte. Die bis 1934 bestehende relative Selbständigkeit der Länder wurde aufgehoben, und die preußischen Ministerien, mit Ausnahme des Finanzministeriums und des Amtes des preußischen Ministerpräsidenten, mit den entsprechenden Reichsministerien vereinigt.
Im Ergebnis der gesetzmäßigen Niederlage des deutschen Imperialismus 1945 wurde auch der faschistische Macht- und Unterdrückungsapparat zerschlagen. Die Lösung der historischen Aufgabe, die antifaschistisch-demokratische Revolution in Deutschland durchzuführen, vollzog sich auf der Grundlage des Programms der KPD vom 11. Juni 1945 unter Führung der geeinten marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen antifaschistisch-demokratischen Kräften sowie mit der brüderlichen Hilfe der Sowjetunion. Diese Entwicklung entsprach den Festlegungen des Potsdamer Abkommens. Der Aufbau der revolutionär-demokratischen Arbeiter-und-Bauern-Macht vollzog sich in mehreren Etappen. Er begann zunächst auf der Ebene der Gemeinden, Städte, Kreise und Länder. Als koordinierende und beratende Organe für die Entwicklung wichtiger gesellschaftlicher Bereiche, insbesondere der Volkswirtschaft, wurden ab Juli 1945 die Deutschen Zentralverwaltungen tätig. Von ausschlaggebender Bedeutung für die weitere Entwicklung des antifaschistisch-demokratischen Staatsapparates war die Arbeit der Deutschen Wirtschaftskommission in den Jahren von 1947 bis 1949.
Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 entstand der erste deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat. Die Staatsmacht wurde das Hauptinstrument für den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus und für den Sieg der sozia-

Stenographischer Bericht über die Verhandlung
gegen die Reichstagsbrandstifter
van der Lubbe u.Gen.

56. Verhandlungstag

Sonnabend, den 16. Dezember 1933.

Die Sitzung wird durch den Senatspräsidenten
Dr. B u n g e r ▬ 9 Uhr 19 Minuten eröffnet.

P r ä s i d e n t: Die Sitzung ist eröffnet.
– Ich bitte Herrn Rechtsanwalt Dr. Sack, das Wort zu nehmen.

RA. Dr. S a c k: Dieser Prozeß, Hoher Senat, ist Geschichte. Dieser Prozeß, Hoher Senat, mußte deutsche Geschichte werden. Und dieser Prozeß, Hoher Senat, mußte ein Stück der Weltgeschichte werden.

Angekl. D i m i t r o f f :.....

.....Ich verteidige meine eigene Person als angeklagter Kommunist. Ich verteidige meine eigene politische und revolutionäre Ehre, ich verteidige meine Idee, meine kommunistische Gesinnung, ich verteidige den Sinn und Inhalt meines Lebens. Deswegen war und ist jeder Satz, den ich vor dem Reichsgericht hier gesprochen habe, Blut von meinem Blut, Fleisch von meinem Fleisch. Jedes meiner Worte war und ist jetzt der Ausdruck der tiefsten Entrüstung gegen diese ungerechte Anklage, die tiefste Entrüstung gegen die Tatsache, daß ein antikommunistisches Verbrechen auf die Rechnung der Kommunisten geschoben worden ist.

Rede des Genossen Dimitroff vor dem Reichsgericht beim Reichtagsbrandprozeß (Auszug, Photomontage). 1933. Oberreichsanwalt beim Reichsgericht, Nr. 5616/1247, Bl. 1 u. 62.

listischen Produktionsverhältnisse. In diesem Prozeß vollzog sich die Entwicklung der revolutionär-demokratischen Arbeiter-und-Bauern-Macht zu einer sozialistischen Staatsmacht, zur Diktatur des Proletariats. Hierbei spielten die verfassungsmäßig gebildeten zentralen Organe, die Volkskammer und der Ministerrat sowie die zentralen Wirtschaftsorgane eine bedeutende Rolle. Ihre grundlegende Aufgabe war die Planung und Leitung der gesamtgesellschaftlichen Prozesse unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei, die konsequente Durchsetzung der Prinzipien des demokratischen Zentralismus und der sozialistischen Demokratie sowie die ständige Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Führungstätigkeit. Wichtige Zäsuren in diesem Prozeß waren die historisch bedeutsamen Beschlüsse der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 über den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus, sowie die in den Jahren 1957/58 von der Partei- und Staatsführung eingeleiteten Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Rolle der sozialistischen Volksvertretungen und der Staatsorgane in der DDR. Die Tätigkeit der zentralen Staatsorgane wurde auf grundsätzliche Fragen der sozialistischen Entwicklung, auf die Hauptaufgaben bei der Planung und Leitung der Volkswirtschaft konzentriert. Die Bildung des Staatsrates der DDR 1960 und die Beschlüsse des VI. Parteitages der SED im Januar 1963 mit der Orientierung auf die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus in der DDR leiteten eine neue Etappe in der Entwicklung des einheitlichen Systems der sozialistischen Staatsmacht ein. Höhepunkt dieser Entwicklung und zugleich Ausgangspunkt für die weitere Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus mit dessen Kernstück, dem ökonomischen System, ist die Realisierung der Beschlüsse des VII. Parteitages der SED und das Inkrafttreten der am 6. April 1968 durch Volksentscheid angenommenen sozialistischen Verfassung der DDR.

Überlieferungslage und Quellenwert der Bestände

Inhalt und Quellenwert der Bestände des DZA werden allgemein von ihrer Herkunft aus der Tätigkeit zentraler Organe des Staatsapparates der verschiedenen Gesellschaftsformationen und entsprechender zentraler Organisationen, Institutionen usw. bestimmt.

Für die quellenkundliche Beurteilung der Bestände aus der Epoche des Feudalismus und des Kapitalismus ist grundsätzlich zu beachten, daß sie zum überwiegenden Teil aus der Tätigkeit der herrschenden Klassen und damit der Gegner der unterdrückten Klassen und Schichten erwachsen sind. Diese kommen in den Quellen unmittelbar und direkt fast gar nicht oder nur begrenzt zur Geltung. Eine neue Qualität gewinnen Inhalt und Quellenwert

DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK
DER MINISTERPRÄSIDENT

BERLIN W 8, DEN 24.Okt.1949
LEIPZIGER STRASSE 5-7
TEL.: 420018
APP. 3693

Eilt sehr!
Geheime Verschlußsache

Herrn
Minister für Außenhandel und
Materialversorgung
Georg Handke
im Hause

Sehr geehrter Herr Minister!

Der Herr Minister für Auswärtige Angelegenheiten beabsichtigt, heute nachmittag 5 Uhr die in der Anlage beigefügte Erklärung der Presse und dem Rundfunk zur Veröffentlichung zu übergeben. Die Erklärung hat meine Zustimmung gefunden. Ich gestatte mir, vor Veröffentlichung den Herren Stellvertretern des Ministerpräsidenten und den Herren Ministern Kenntnis davon zu geben.

O. Grotewohl

Im Namen der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wendet sich der Minister für Auswärtige Angelegenheiten mit folgender Erklärung an alle Regierungen:

Am 7. Oktober 1949 hat sich in Berlin die Deutsche Demokratische Republik konstituiert. Am gleichen Tage hat die Provisorische Volkskammer die vom Dritten Deutschen Volkskongreß am 30. Mai 1949 bestätigte Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft gesetzt.

Als Präsident der Deutschen Demokratischen Republik wurde am 11. Oktober 1949 von der Provisorischen Volkskammer und der Provisorischen Länderkammer Herr Wilhelm Pieck gewählt. Nachdem am 7. Oktober 1949 Herr Otto Grotewohl als Ministerpräsident der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik benannt worden war, stellte er am 12. Oktober 1949 seine Regierung der Provisorischen Volkskammer vor und gab die Regierungserklärung ab. Die Provisorische Volkskammer bestätigte am gleichen Tage die Regierung und billigte die Regierungserklärung.

Ministerpräsident Otto Grotewohl informiert die Mitglieder des Ministerrates über die offizielle Erklärung zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, 1949. L'– 2 Nr. 3732, Bl. 10

des Archivgutes aus der sozialistischen Epoche, in der die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten die Macht ausübt. Die Überlieferung des zentralen Staatsapparates und von Leitungsorganen der Volkswirtschaft der DDR spiegelt den gesamten Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung wider, wobei die revolutionäre Umgestaltung zu einer sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung vielseitig zum Ausdruck kommt.

Die archivalische Quellenbasis für die wissenschaftliche, insbesondere die historische Forschung, ist bestimmt durch die jeweils herrschenden Eigentumsverhältnisse. Daher ist die Überlieferungslage für die einzelnen Gesellschaftsepochen unterschiedlich. Über die Epoche des Feudalismus ist im wesentlichen Archivgut aus dem Staatsapparat vorhanden. Für die kapitalistische Epoche treten neben die Quellen aus dem Staatsapparat in steigendem Maße Archivalien nichtstaatlicher Herkunft (unter anderem von Parteien und Interessenorganisationen, von Monopolen, Konzernen und Banken sowie von Einzelpersonen). Erst mit der Entwicklung sozialistischer Eigentumsverhältnisse wurde auch im Archivwesen eine einheitliche Grundlage für die Zusammenfassung der überwiegenden Masse des Archivgutes aus allen Epochen der deutschen Geschichte geschaffen. Damit ergeben sich sehr günstige Möglichkeiten zur Nutzung dieser Quellen für die vielfältigen gesellschaftlichen Auswertungszwecke.

Die Überlieferungslage wird außerdem beeinflußt durch das Verhältnis der Archive zu den Organen und Einrichtungen ihres Zuständigkeitsbereiches. Im Feudalismus und besonders in der Epoche des Kapitalismus kam es durch verschiedene Faktoren bedingt zu mitunter erheblichen Verlusten an Archivgut. So fiel z. B. ein großer Teil des noch bei den faschistischen Staatsorganen befindlichen Schriftgutes während des zweiten Weltkrieges den Luftangriffen und Kriegshandlungen zum Opfer oder wurde auf zentrale Weisung des faschistischen Staats- und Machtapparates systematisch vernichtet. Behördenevakuierungen und Auslagerungen der Archiv- und Registraturbestände hatten eine weitere Verringerung der archivalischen Überlieferung zur Folge. Auch traten schwerwiegende Verluste bei den Archiven selbst durch Luftangriffe ein.

Zu beachten ist ferner, daß für das Schriftgut der im Kapitalismus bestehenden Parteien und Interessenorganisationen weder eine gesetzlich festgelegte Abgabe- noch eine Aufbewahrungspflicht bestand. Die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse ließen es auch nicht zu, Archivgut der Monopole, Konzerne und Betriebe durch die staatlichen Archive zu sichern. Diese Überlieferung gelangte erst mit der Überführung der Monopole, Konzerne und Betriebe in

Volkseigentum in den Staatlichen Archivfonds der DDR. Die hier genannten Faktoren bestimmen sehr wesentlich das Profil des Gesamtbestandes im DZA.

Unter den gesellschaftlichen Bedingungen des Sozialismus bestehen zwischen dem DZA und den Verwaltungsarchiven der zentralen Staats- und Wirtschaftsorgane der DDR sehr enge Beziehungen. Das hat unter anderem auch eine teilweise sehr frühzeitige Übergabe des Archivgutes an das DZA zur Folge. Jedoch befinden sich auch Archivbestände der zentralen Staats- und Wirtschaftsorgane noch in deren Verwaltungsarchiven, da sie für einen längeren Zeitraum aktuelle politische und verwaltungspraktische Bedeutung besitzen.

Die Überlieferungslage für die Zeit bis 1945 wird außerdem noch wesentlich bestimmt durch die infolge des zweiten Weltkrieges eingetretene Zersplitterung zahlreicher Bestände.

Die historische Überlieferung des DZA spiegelt trotz ihres Umfanges und ihrer Bedeutung die gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse von der feudalistischen bis zur sozialistischen Epoche auf wichtigen Gebieten nicht vollständig wider. Daher ist es erforderlich, bei der Forschung stets die bestehenden inhaltlichen Zusammenhänge mit anderen Beständen des Staatlichen Archivfonds und von Parteien, Organisationen und gesellschaftlichen Einrichtungen zu berücksichtigen. Auf Grund der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse in allen gesellschaftlichen Bereichen hat ihr Archivgut für die Forschung vorrangigen Wert. Nicht übersehen werden sollte, daß, bedingt durch die Entwicklung in der Vergangenheit, auch Bibliotheken und Museen teilweise Archivgut, besonders Nachlässe von Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kultur, verwahren.

Für die einzelnen Perioden der Geschichte des deutschen Volkes ergibt sich folgende archivalische Quellenlage. Für die Epoche des Feudalismus beschränkt sich die Überlieferung ausschließlich auf die Geschichte Preußens bis 1807. Die Entwicklung Preußens zur europäischen Großmacht und seine territoriale Ausdehnung über weite Teile des ehemaligen deutschen Staatsgebietes prägt Inhalt und Aussagekraft der vorhandenen Quellen, die auch von großer Bedeutung für die Geschichte des deutschen Volkes, der internationalen Beziehungen und für die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung im Feudalismus sind. Die Überlieferung ist auch sehr ergiebig für Einzelvorgänge und -tatsachen auf regionaler und lokaler Ebene, da der feudalistische zentrale Staatsapparat in starkem Maße Einzelentscheidungen an sich zog. Der zeitliche Schwerpunkt liegt im 17./18. Jh. Von einigen durch den zweiten Welt-

krieg bedingten Verlusten abgesehen ist eine verhältnismäßig geschlossene Quellenbasis vorhanden.
Die Quellenlage für die Periode von 1789 bis 1871 ist sehr günstig, zumal zu den Beständen aus der Tätigkeit der zentralen Organe des preußischen Staatsapparates seit 1807 Archivalien nichtstaatlicher Herkunft hinzukommen. Besonders hervorzuheben ist die gute Überlieferungslage zu den Befreiungskriegen 1813 bis 1815 und zur bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 sowie zur Geschichte des bürgerlichen Liberalismus in Deutschland.
Für die Geschichte Deutschlands von der Reichsgründung bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution (1871—1917) besteht eine parallele Überlieferung der zentralen Staatsorgane Preußens und des Reiches. Sie erstreckt sich mit unterschiedlicher Dichte bis 1935. Die Entwicklung Deutschlands zum Imperialismus spiegelt sich in umfassender Weise in den für diesen Zeitraum relativ umfangreichen Quellen von Parteien, Verbänden, Banken und Wirtschaftsunternehmen sowie von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur wider.
Für die Periode von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zur Befreiung Deutschlands vom Faschismus (1917—1945) wird die Quellenlage aus den bereits dargelegten Gründen (s. S. 32 f.) lückenhafter. Die eingetretenen Verluste an Archivgut aus dem Bereich des Staatsapparates werden auf verschiedenen Gebieten durch das für diesen Zeitraum in größerem Umfang vorhandene Quellenmaterial von Monopolen, Konzernen und Banken, bürgerlichen Parteien und Interessenorganisationen sowie durch Nachlässe von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur teilweise ausgeglichen. Diese Archivalien bilden einen wesentlichen Überlieferungsschwerpunkt für die Periode der Weimarer Republik und reichen vielfach bis 1945.
Inhalt und Quellenwert der für die Periode des Aufbaus und der Entwicklung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR ab 1945 vorhandenen Bestände werden im wesentlichen durch folgende Faktoren bestimmt: Die entscheidende Informationsbasis für das Geschichtsbild der sozialistischen Epoche stellen die Beschlüsse und Dokumente der SED dar, denen in der rangmäßigen Ordnung der Quellen aus der sozialistischen Epoche der erste Platz zukommt. Neben dem Archivgut der Partei der Arbeiterklasse gehört dasjenige der zentralen Staats- und Wirtschaftsorgane mit zu der wichtigsten historischen Überlieferung über die sozialistische Entwicklung in der DDR.
Eine Gesamtübersicht über die vom DZA nach dem jetzigen Stand verwahrten Bestände einschließlich der erworbenen Mikrofilme von Archivgut aus Archiven außerhalb der DDR liegt noch nicht vor.

Der Benutzer muß daher auf verschiedene in ihrem inhaltlichen Wert und ihrer methodischen Anlage oftmals unterschiedliche Informationsmittel zurückgreifen. Ferner sind veröffentlichte Hilfsmittel über entsprechendes Archivgut, das sich nicht im DZA befindet, zu beachten.

Literaturhinweise:

Lötzke, H.: Die Bedeutung der von der Sowjetunion übergebenen deutschen Archivbestände
für die deutsche Geschichtsforschung. In: ZfG 3 (1955), S. 775–779. – Ders.: Bericht über
die von der UdSSR an die DDR seit 1957 übergebenen Archivbestände. In: AM 10 (1960),
S. 12–15. – Schmid, G.: Die Verluste des ehem. Reichsarchivs im zweiten Weltkrieg. In:
Archivar und Historiker. Berlin 1956, S. 176–207 = Schriftenreihe der StAV. 7. – Brather,
H.-St.: Aktenvernichtungen durch deutsche Dienststellen beim Zusammenbruch des Faschismus. In: AM 8 (1958), S. 115–117. – Lötzke, H.: Zehn Jahre Deutsches Zentralarchiv.
In: AM 6 (1956), S. 33–41. – Ders. u. a.: Deutsches Zentralarchiv Potsdam und Merseburg.
In: AM 9 (1959), S. 143–152. – Übersicht über die Bestände des Deutschen Zentralarchivs
Potsdam. Berlin 1957. = Schriftenreihe des DZA Potsdam. 1. – Herricht, H.: Die Nachlässe im Deutschen Zentralarchiv II, Merseburg. In: AM 3 (1954), S. 8–10. – Dräger, U.,
J. Lehmann: Zur Geschichte und Auflösung des Brandenburg-Preußischen Hausarchivs. In:
AM 19 (1969), S. 230–236. – Merker, W.: Archivalische Quellen zur Zeitgeschichte im Deutschen Zentralarchiv Potsdam. In: Beiträge zur Zeitgeschichte. Wiss. Beiträge zur Zeitschrift
„Dokumentation der Zeit". 1960, S. 138–141. – Ders.: Bedeutung und Aufgaben der Abteilung III (Sozialismus) des DZA. Zur Auswertung der neuesten Schriftgutbestände. In:
AM 13 (1963), S. 17–20.

3. Die archivalische Überlieferung nach Gesellschaftsepochen und thematischen Schwerpunkten

Im folgenden wird ein knapper Überblick über die Quellen aus den einzelnen Gesellschaftsformationen Feudalismus, Kapitalismus und Sozialismus gegeben. In Anbetracht der starken archivalischen Überlieferung zur kapitalistischen Epoche erfolgt hier eine Untergliederung der Übersicht nach sachthematischen Gesichtspunkten, wobei bestimmte historische Zusammenhänge zurücktreten müssen. Für die vielfältigen Forschungen wird die Quellenlage unter dem Aspekt der Benutzung jedoch überschaubarer. Am Anfang der einzelnen quellenkundlichen Analysen steht eine knappe Beschreibung der wichtigsten Bestände (von Staatsorganen, Parteien und Interessenorganisationen, Monopolen, Banken bzw. von Persönlichkeiten) teilweise mit Angabe des Zeitraums ihres Bestehens. Daran schließt sich die Darstellung der inhaltlichen Schwerpunkte an, wobei bewußt auf detaillierte Hinweise über Spezialprobleme und den Umfang einzelner Quellengruppen verzichtet wird.

Soweit gedruckte Literatur bzw. innerdienstliche Spezialinventare zu den einzelnen Themenkomplexen vorhanden sind, wurden diese jeweils am Schluß der Kapitel angegeben. Die für Merseburg bzw. Potsdam nachgewiesenen innerdienstlichen Spezialinventare sind dort einzusehen.

Feudalistische Gesellschaftsordnung

Für die Zeit des Feudalismus besteht die Überlieferung aus den Akten der Zentralbehörden der Kurmark Brandenburg und des brandenburgisch-preußischen Staates. Die Quellen sind bestandsmäßig formiert in den sogenannten „Alten Repposituren", die sowohl die Akten des Geheimen Rates und seiner Vorgänger als auch der aus ihm hervorgegangenen Zentralbehörden (vor allem Justiz- und geistliches Departement, Departement der auswärtigen Angelegenheiten) umfassen. Der Bestand des Generaldirektoriums, der bedeutendsten wirtschafts- und finanzpolitischen Zentralbehörde des preußischen Militärdespotismus, sowie der Aktenniederschlag verschiedener merkantilistischer Spezialbehörden, bilden einen weiteren Schwerpunkt. Hinzuweisen ist ferner auf die Bestände des Geheimen Zivilkabinetts, der Gesandtschaften sowie auf die Überlieferung einiger Fachbehörden für Wissenschaft, Bildung, Medizinalwesen und Post. Die Akten des Staatsapparates werden durch



Kunstgeschichtlich bedeutsames Siegel des Kurfürsten Joachim II. von Brandenburg, 1557.

Urkundenabteilung, Haussachen des Landesherren Nr. 89.

zahlreiche Nachlässe von Monarchen, Diplomaten und hohen Beamten ergänzt.

Die Quellen setzen, von Urkunden und Registern abgesehen, in stärkerem Maße im 15./16. Jh. ein und erreichen für die 2. Hälfte des 17. Jhs. und namentlich für das 18. Jh. einen außerordentlich großen Umfang. Quantität und Aussagekraft der Überlieferung wachsen in dem Maße, wie sich der brandenburgisch-preußische Absolutismus auf der Grundlage der ostelbischen Gutsherrschaft und einer auf Armee und Hof ausgerichteten merkantilistischen Wirtschaftspolitik durchsetzte, wie er durch seine aggressive Politik und durch Raubzüge zur zweiten Macht in Deutschland und zur Bastion des Militarismus aufstieg.

Die umfangreiche Überlieferung zur Geschichte des spätfeudalen Staatsapparates beweist eindringlich, wie der brandenburgisch-preußische Militarismus eine für ihn spezifische Herrschaftsform hervorbrachte, die in einem sozialökonomisch zurückgebliebenen Gebiet durch besonders harte Unterdrückungs- und Ausbeutungsmethoden die Unterhaltung einer starken Armee ermöglichte und damit die Voraussetzungen für die aggressive Eroberungspolitik der herrschenden Klassen schuf.

Die fortschreitende Trennung von ökonomischen und außerökonomischem Zwang bewirkte eine zunehmende Verselbständigung der *Klassenjustiz* (Bestand Geheimer Rat mit dem aus ihm hervorgegangenen Justizdepartement, vor allem 17. und 18. Jh.). Die Klassenfunktion dieser Justiz zeigt sich besonders bei der Rechtsprechung in den Beschwerden und Prozessen erbuntertäniger Bauern gegen die Junker und in den repressiven Maßnahmen gegen die um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen kämpfenden Manufakturarbeiter, besonders der Weber. Schwerpunkte der Überlieferung bilden die brandenburgisch-preußische Justizgesetzgebung und die Justizorganisation (z. B. Coccejis Justizreform 1737–1740, Kodifikation des Allgemeinen Landrechts am Ende des 18. Jhs.), Rechtsprechung, Lehnverhältnisse des brandenburgisch-preußischen Adels (bis zur Allodifikation der Lehen 1717) sowie die Organisation und Rechtsprechung des Reichskammergerichtes und des Reichshofrates.

Für die Geschichte der spätfeudalen *Wirtschaft* steht der Forschung eine umfangreiche Überlieferung zur Verfügung. Sie dokumentiert zugleich die soziale Lage und den Widerstand der unterdrückten Klassen und Schichten in Stadt und Land gegen die ökonomische Ausbeutung. Im 16. und 17. Jh. ist vorwiegend die Entwicklung der gewerblichen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse belegt. Die Akten enthalten vornehmlich die Bestätigung von Innungsartikeln und die Verleihung von Privilegien an nichtzünftige Handwerker und sonstige Berufe. Die Überlieferung des

18. Jhs. spiegelt die Einrichtung und Entwicklung der Manufakturen und Fabriken besonders auf den Gebieten des Textilgewerbes, der Metallverarbeitung und des Berg- und Hüttenwesens wider. Hervorzuheben sind ferner die Quellenkomplexe zur Geschichte der Seidenindustrie, zur Entwicklung des staatlichen Salzmonopols und der Tabakregie.
Die agrargeschichtlichen Quellen, die den junkerlichen Charakter des preußischen Militärstaates eindrucksvoll belegen, beziehen sich vor allem auf den bedeutenden landesherrlichen Besitz an Domänen und Forsten und geben besonders Auskunft über ihre Verwaltung, Verpachtung, Bewirtschaftung und Produktion. Weniger ergiebig sind die Quellen über den junkerlichen Großgrundbesitz, die vorwiegend Besitzveränderungen und -streitigkeiten betreffen. Von großer Bedeutung sind ferner Akten, die Auskunft über die feudalen Lasten und die Gesindedienste geben.
Die Überlieferung über die Entwicklung der Land- und Wasserstraßen sowie des Transportwesens steht in engem Zusammenhang mit den Fragen des Binnen- und Außenhandels. Schwerpunkte sind Salz-, Leinen- und Getreidehandel, Handelsbeziehungen zu vielen europäischen und außereuropäischen Staaten sowie die brandenburgisch-preußischen Kolonialbestrebungen um 1700, z. B. die vorübergehende Erwerbung von Kolonien an der westafrikanischen Guinea-Küste.
Die wesentlichste Funktion der Finanz- und Steuerpolitik in Brandenburg-Preußen bestand in der Unterhaltung und Vergrößerung des umfangreichen Militär- und Beamtenapparates. Die Quellen über das Finanz- und Steuerwesen betreffen unter anderem die landesherrlichen Einkünfte aus Domänen und Steuern, die Steuerpolitik der Landstände, die Erhebung direkter Steuern sowie das Zoll- und Akzisewesen. Die merkantilistische Wirtschaftspolitik wird ferner belegt durch Quellengruppen über Schutzzölle sowie Ein- und Ausfuhrverbote.
Das zur Geschichte des *Bildungswesens* vorliegende Material läßt erkennen, daß die Bemühungen des Staates auf diesem Gebiet vor allem der Durchsetzung des Bildungsprivilegs der herrschenden Klasse galten. Die Quellen zur Universitätsgeschichte betreffen die Gründung und Ausstattung der Universitäten, das Lehrpersonal und die Studenten, den Lehrbetrieb und das Prüfungswesen sowie Universitätseinrichtungen. Gut dokumentiert ist auch die Einrichtung und Entwicklung der Gymnasien. Über das Volksschulwesen, das unter starkem kirchlichem Einfluß stand, liegen umfangreiche Quellen besonders aus dem 18. Jh. vor. Sie betreffen den Zustand der Schulen, die Lage der Lehrer und die Unterrichtsgestaltung und geben ein anschauliches Bild von der Rückständigkeit und den Mängeln des Schulwesens in Preußen.

Entscheidung König Friedrich II. über die Bestrafung eines Soldaten mit Spießrutenlaufen, 1743.
Rep. 94 IV L a 18, Bd. 1 Bl. 61.

Die Überlieferung zur Geschichte der *Kultur* betrifft im wesentlichen den Bereich des fürstlichen Hofes. Die Quellen beinhalten die Anstellung und Tätigkeit von Künstlern und Wissenschaftlern. Zur Baugeschichte einzelner Schlösser und Parkanlagen ist eine reichliche Überlieferung vorhanden. Die Tätigkeit der 1700 gegründeten Akademie der Wissenschaften sowie der Akademie der Künste ist dagegen nur lückenhaft dokumentiert. Die Quellen zur Theatergeschichte enthalten z. B. Privilegien und Aufführungsgenehmigungen für Schauspielertruppen und spiegeln auch die Entwicklung der Hoftheater und der Hofmusik wider.
Obwohl die Bestände sämtlicher Kommandobehörden und Truppenverbände des brandenburgisch-preußischen Heeres vernichtet worden sind, ist die Quellenlage zur Geschichte des *Militärwesens* vom 16. bis 18. Jh. günstig, da die extreme Militarisierung des preußischen Staates die Einbeziehung fast aller zivilen Organe in die Unterhaltung der Armee bewirkte. Die vorliegende Überlieferung bietet Informationen zu den meisten militär- und kriegsgeschichtlichen Fragestellungen. Wichtige Themenkomplexe sind die Errichtung des stehenden Heeres, Werbung von Soldaten im In- und Ausland, Auslieferung und Bestrafung von Deserteuren, Ernennung von Generalen und Offizieren, Aufstellung neuer Truppen und Waffengattungen und die Militärtechnik und -taktik. Besonders umfangreiche Aktengruppen sind über die Militärökonomie (Unterhaltung, Verpflegung und Ausrüstung der Armee) vorhanden. Die kriegsgeschichtlichen Quellen betreffen das Fehdewesen im Feudalismus und die Kriege des 16. Jhs., den 30jährigen Krieg, die Reichskriege gegen Frankreich, die schwedisch-polnischen und nordischen Kriege, die schlesischen Kriege, den bayerischen Erbfolgekrieg, die Interventionskriege gegen Frankreich und die Niederschlagung des Kosciuszko-Aufstandes 1794 in Polen.
Für die *auswärtigen Beziehungen* bis zum 17. Jh. überwiegen die Quellen über die Verbindung der Kurmark zu Kaiser und Reich sowie zu benachbarten und verbündeten deutschen Territorialstaaten. Sie machen die Rolle Brandenburgs in Deutschland sowie die politischen und militärischen Auseinandersetzungen innerhalb der feudalen deutschen Staatenwelt deutlich und enthalten zugleich wertvolle Unterlagen über die Verfassung des alten Reiches und seiner Organe (Reichstag, Reichskammergericht, Reichskreise). Seit dem Westfälischen Frieden und verstärkt im 18. Jh. treten die Beziehungen zu den damals wichtigsten europäischen Staaten (England, Frankreich, Niederlande, Polen, Rußland, Schweden) in den Vordergrund. Dabei spiegelt sich Preußens Eroberungspolitik und sein Aufstieg zur europäischen Großmacht in den Akten über die wechselnde Bündnispolitik, die diplomatischen und kriegerischen Auseinandersetzungen mit Österreich, die Koalitionskriege gegen

das revolutionäre Frankreich und die polnischen Teilungen wider. Die Quellen enthalten auch wertvolle Unterlagen zur Geschichte der Diplomatie und der einzelnen ausländischen Staaten.

Literaturhinweise:

Kohnke, M.: Die Pertinenzbestände im Deutschen Zentralarchiv. Abt. Merseburg. Geschichte, Struktur und archivarische Bearbeitung. In: AM 14 (1964). S. 223–231. – Dies.: Das preußische Kabinettsministerium. Ein Beitrag zur Geschichte des Staatsapparates im Spätfeudalismus. Phil.-Diss. Berlin 1968. – Kohnke, M., J. Weiser: Quellen zur Militärgeschichte in der Historischen Abteilung II des Deutschen Zentralarchivs. In: ZfM [illegible] (1970). S. 724–731.

Kapitalistische Gesellschaftsordnung

Arbeiterbewegung

Die Bestände des DZA müssen unter ihrer Spezifik als Quellen des Klassengegners gesehen werden, als Überlieferung der zentralen staatlichen Unterdrückungs- und Ausbeutungsorgane, der Monopole, der bürgerlichen Parteien und anderen Interessenorganisationen. Sie spiegeln die Entwicklung und den Kampf der Arbeiterbewegung aus dem Blickwinkel des Klassengegners vielfach verzerrt und verfälscht wider. Jedoch enthalten sie auch eine große Zahl an Quellen proletarischer Herkunft, z. B. Schriftwechsel mit staatlichen Organen, den Niederschlag des parlamentarischen Kampfes, beschlagnahmte vorwiegend illegale Materialien (wie Broschüren, Plakate, Flugblätter) und laufend gesammeltes Material (z. B. Arbeiterpresse). Für einzelne Perioden der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verteilen sich diese Quellen in unterschiedlicher Weise auf Potsdam und Merseburg: bis 1867/71 nur in Merseburg, 1867/71–1933 in Potsdam und Merseburg, 1933 bis 1945 fast ausschließlich in Potsdam (Merseburg nur bis 1935). In Merseburg befindet sich die umfangreichste und aussagekräftigste Überlieferung im Bestand Ministerium des Innern (1808 bis 1934), dem zentralen Verfolgungs- und Unterdrückungsorgan des preußischen Staates (zusammen mit dem Justizministerium). Er wird durch die Bestände politischer Führungsorgane (Staatsministerium, Zivilkabinett), von Fachministerien (wie Ministerium für Handel und Gewerbe, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Spezialbehörden wesentlich ergänzt. Der Bestand des Polizeipräsidiums Berlin, das bis 1933 zentrale Funktionen der politischen Polizei für Preußen und zum Teil für Deutschland ausübte, befindet sich im Staatsarchiv Potsdam.

Im DZA Potsdam verteilt sich die Überlieferung auf eine weit größere Zahl von Beständen, teilweise mit unterschiedlichem Informationsgehalt für die einzelnen Epochen und mit erheblichen Verlusten für die Zeit des Faschismus. Besonders wichtig sind solche Bestände des zentralen Staatsapparates wie Reichskanzlei (1879–1919), Präsidialkanzlei (1919–1934), Reichskanzleramt (1867 bis 1879), Reichsministerium des Innern (1879–1935) und des polizeilichen und gerichtlichen Verfolgungsapparates. Hinzu kommen die Informationsstelle der Reichsregierung (1918–1919) und der Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung (1920 bis 1929). Zum Justizapparat zählen Reichsjustizministerium (1877 bis 1945), der Oberreichsanwalt beim Reichsgericht (1879–1945), der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik (1922–1929), der Volksgerichtshof und Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof (1934

Liste des délégués, désignés pour prendre part au Congrès de l'Internationale du 2 à 7 Septembre à La Haye.

Angleterre.

Marx, Karl, — d'origine allemande, écrivain, chef de l'Internationale;
Engels, Frédéric, allemand, rentier, membre du Conseil Général à Londres.
Eccarius, George, Anglais, tailleur, membre du même Conseil, ira au Congrès comme correspondant du „Times".
Appelgarth, — Anglais, Charpentier, membre du même conseil, ira comme correspondant du „Manchester Guardian".
Barry, — Membre du même conseil, ira comme correspondant du „Standard". —

Amérique.

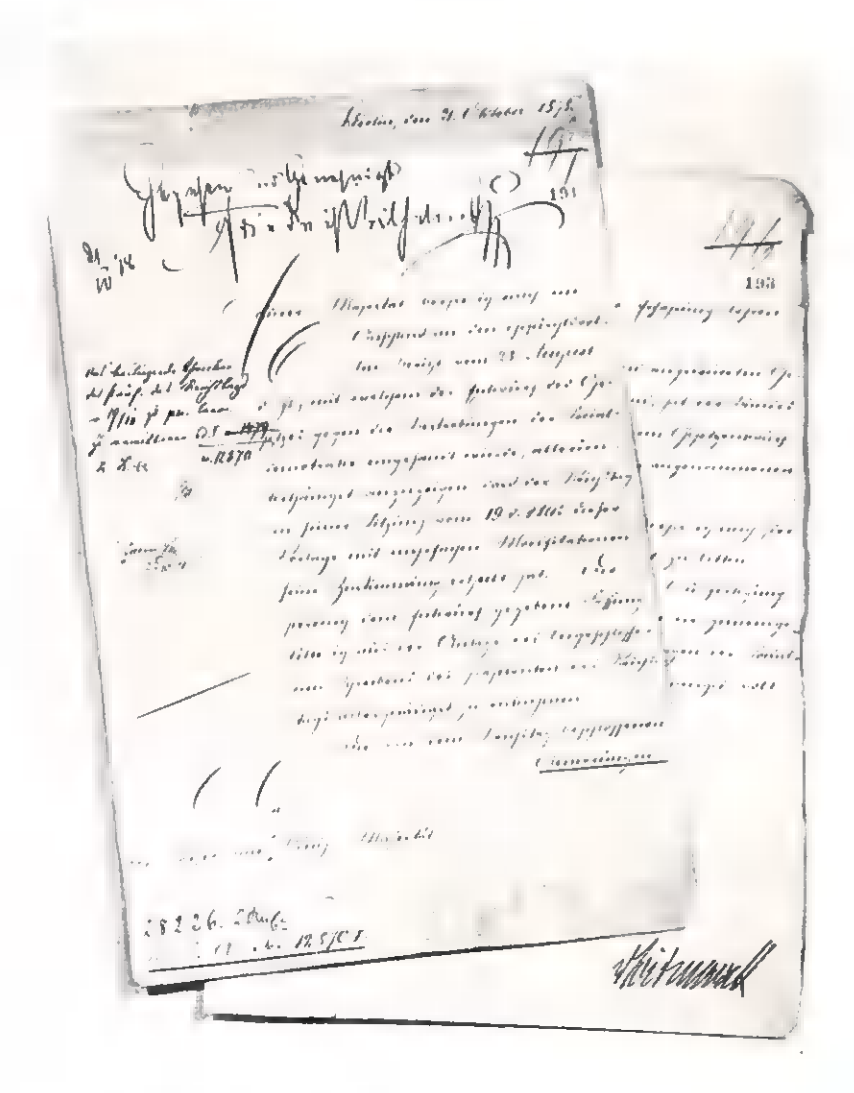
Sorge, — l'antagoniste de Karl Marx.
Dereure, — français, cordonnier, ancien membre de la Commune de Paris.

Belgique.

de Paepe, César, ancien Correcteur typographique, actuellement interne des hôpitaux de

'2058.

Liste der Delegierten zum Kongreß der I. Internationale mit den Namen von Karl Marx und Friedrich Engels (erste Seite), 1872.
Rep. 90 a DI 40, Nr. 7.



Inkraftsetzung des reaktionären „Sozialistengesetzes“, 1878.
Geh. Zivilkabinett Nr. 15 264.

bis 1945). Nicht übersehen werden dürfen einzelne Fachministerien wie das Reichswirtschaftsministerium (1917–1945), das Reichsarbeitsministerium (1918–1945).

Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung bis 1848/49 sind mit aussagekräftigen Quellen zur Sozialstruktur (Handwerkerproletariat, Herausbildung des Industrieproletariats) wie zur Entwicklung der Ideologie und der Klassenorganisation der Arbeiterklasse überliefert. Wichtige Komplexe aus der Klassenauseinandersetzung sind: Verfolgung des Bundes der Geächteten, des Bundes der Gerechten und des Bundes der Kommunisten; Unterdrückung der Presse; Beaufsichtigung, Ausweisung und Bestrafung von führenden Vertretern des Proletariats, offene Klassenkämpfe, z. B. der schlesische Weberaufstand (1844) und die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848/49.

Für den Kampf der Arbeiterklasse in der Reaktionsperiode und um eine revolutionäre Massenpartei unter dem führenden Einfluß von Marx und Engels ergeben sich folgende Schwerpunkte: Verfolgung des Bundes der Kommunisten (vor allem Vorbereitung und Durchführung des Kölner Kommunistenprozesses von 1852), der Arbeiterbildungsvereine und der Gewerkschaftsbewegung in den 50er und 60er Jahren des 19. Jhs., internationale Zusammenarbeit der herrschenden Klassen bei der Vorbereitung von Aktionen zur Bekämpfung der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung; Entwicklung des deutschen Proletariats bis zur Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (1869), Tätigkeit der I. Internationale. In den Akten spiegeln sich das Wirken von Marx und Engels, die Haltung der Vorhut der deutschen Arbeiterklasse zum deutsch-französischen Krieg und die Solidaritätsbewegung zur Unterstützung der Pariser Kommune wider.

Für die Periode der Pariser Kommune bis zum Ausgang des 19. Jhs. steht eine umfangreiche, aussagestarke Überlieferung zur Verfügung. Schwerpunkte sind: die staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen in der Zeit des Sozialistengesetzes und der erfolgreiche Kampf der Arbeiterklasse gegen das Ausnahmegesetz (Akten über sozialdemokratische Organe, Versammlungstätigkeit, Arbeiterpresse, Reichs- und Landtagswahlen); parlamentarischer Kampf gegen den preußisch-deutschen Militärstaat (besonders im Reichstag); ökonomische Kämpfe der Arbeiterklasse (vornehmlich in den 80er Jahren des 19. Jhs.). Die Unterlagen über die staatliche Sozialgesetzgebung (z. B. Sozialversicherung) zeigen indirekt die gewachsene Stärke des Proletariats, auf die das bonapartistische System mit Versuchen zur Korruption der Arbeiter und ihre Desorientierung im politischen Kampf antwortete.

Für die Periode bis 1914 vermitteln die Bestände nur einen unvollständigen Überblick über die Herausbildung des Revisionismus

in der deutschen Arbeiterbewegung und die verräterische Politik der rechten SPD-Führung. Um so reichhaltiger ist die Überlieferung, die auf den staatlichen Repressions- und Regulierungsfunktionen im Interesse der Monopole beruht: einerseits Quellen über die antiimperialistischen Kampfaktionen des Proletariats unter Führung der Linken (Haltung der Arbeiterklasse zur russischen Revolution 1905–1907, Wahlrechtskämpfe, Frauen- und Jugendbewegung, Antimilitarismus) und über den wachsenden Widerstand gegen die verstärkte kapitalistische Ausbeutung (Streiks und Aussperrungen); andererseits die umfangreichen Quellen über die staatliche Sozialpolitik und -gesetzgebung.

Schwerpunkte in der Quellenlage für die Periode 1914–1917 sind: zunehmende Verelendung der Volksmassen; Kampf der Linken gegen den imperialistischen Krieg; ökonomische und politische Massenkämpfe (vor allem ab 1916). In breitem Umfang ist der Einfluß der russischen Februarrevolution von 1917 auf die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung dokumentiert. Größere Lücken ergeben sich aus dem Fehlen der militärischen Bestände (s. S. 70), da während des Krieges erhebliche politische Unterdrückungs- und ökonomische Ausbeutungsfunktionen dem preußisch-deutschen Militärapparat übertragen waren.

Der Beginn der weltgeschichtlichen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus spiegelt sich in einer starken Überlieferungsdichte in den Beständen der zentralen Staatsorgane des Reiches und Preußens wider. Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die Lage der Volksmassen, das Heranreifen der revolutionären Krise, der Verlauf der Novemberrevolution, die Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte, der entschiedene Kampf des Spartakusbundes und der Verrat der rechten SPD- und USPD-Führer sind dicht belegt.

Die Quellenlage verschiebt sich für die Zeit der Weimarer Republik: die Überlieferung über die SPD, die durch den Klassenverrat ihrer rechten Führer zur „staatstragenden" Partei geworden ist, spiegelt sich weitgehend in ihrer parlamentarischen Tätigkeit und in der Mitarbeit rechter SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre im imperialistischen Staatsapparat wider. Aus dem Antikommunismus der Weimarer Republik ergibt sich eine Verschärfung des Unterdrückungs- und Überwachungsapparates gegenüber den revolutionären Kräften unter Führung der KPD. Die Überlieferungsdichte entspricht der jeweiligen Schärfe des Klassenkampfes und ist daher besonders günstig für die revolutionäre Politik und die Massenaktionen der revolutionären Nachkriegskrise wie für den Kampf gegen die drohende faschistische Diktatur in der Periode der Weltwirtschaftskrise.

Für die Zeit der faschistischen Diktatur ist eine umfangreiche, aber zunehmend lückenhafte Überlieferung vorhanden. Sie beschränkt sich in Merseburg auf den blutigen Terror in den Jahren 1933–1935 (Einrichtung der ersten Konzentrationslager, Beschlagnahme des Vermögens von KPD, SPD, Gewerkschaften, einzelnen Funktionären und Arbeitern). In Potsdam ist die Quellenlage durch die Vielzahl an Prozeßakten (mit entsprechenden Terrorurteilen) bestimmt, die den entscheidenden Anteil der Arbeiterklasse und die führende Rolle der KPD im Widerstandskampf eindrucksvoll belegen. Sie werden für die Zeit bis 1938 bzw. 1940 ergänzt durch die Bestände des Amtes für Information der „Deutschen Arbeitsfront" (organisierter und individueller Widerstand 1933–1938) sowie von Organisationen und Nachlässen aus der antifaschistischen Emigration in Frankreich und den Niederlanden (1933–1940).

Literaturhinweise:

Die Auswirkungen der ersten russischen Revolution von 1905–1907 auf Deutschland. Teil I–II, Berlin 1954–1956 = Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. 2. – Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland. Teil I–IV. Berlin 1959 = dgl. 4.

Merseburg: Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd 2, Teil 1–6. Potsdam 1964. – Thieme, H., H. Welsch: Zur Geschichte der I. Internationale. Quellen im Deutschen Zentralarchiv, Hist. Abt. II. In: AM 16 (1966), S. 4–7. – Spezialinventar zur Geschichte der I. Internationale (Maschschr., 1965). – Lehmann, J.: Repressalien des preußischen Staates gegen die Arbeiterbewegung und das fortschrittliche Bürgertum in der Nazizeit (Vermögensbeschlagnahmungen). In: AM 13 (1963), S. 27–29.

Potsdam: Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd 1, Teil 1–2. Potsdam 1962. – Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878–1890. Die Tätigkeit der Reichs-Commission. Teil I–II. Berlin 1956. = Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. 3. – Brather, H.-St., G. Enders: Über die archivalische Quellenlage zur Geschichte der Novemberrevolution im Deutschen Zentralarchiv Potsdam. In: AM 18 (1968), S. 142–147.

Strategie und Taktik der herrschenden Klassen im kapitalistischen Deutschland und der Einsatz ihres Staates für die Durchsetzung der Ausbeuterinteressen lassen sich nicht ohne die Bestände des DZA erforschen, das den größten Teil der archivalischen Überlieferung der zentralen Staatsorgane Preußens und des ehemaligen Reiches, zahlreicher bürgerlicher Parteien und Interessenorganisationen, von Großbanken und Monopolen verwahrt.
Der Übergang von der feudalistischen zur kapitalistischen Gesellschaftsformation erfolgt in Deutschland unter spezifischen Bedingungen in der ersten Hälfte des 19. Jhs. Dabei kam dem Staat bei der Durchsetzung und Entfaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse eine wesentliche Rolle zu. Die starke, aktive Rolle des Staates hat zur Folge, daß der ausschlaggebende Teil der Quellenüberlieferung für Strategie und Taktik der herrschenden Klassen beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus und im vormonopolistischen Stadium des Kapitalismus aus den Archivbeständen dieses Staatsapparates besteht.
Mit der Herausbildung und Durchsetzung des monopolistischen und dann des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der steigenden Aggressivität des preußisch-deutschen Militarismus und der mit diesen Prozessen verbundenen Verschärfung des Klassenkampfes ergeben sich qualitativ neue Beziehungen zwischen Politik und Ökonomie. Die Hauptfunktionen des Staates bestehen in der Unterdrückung der organisierten Arbeiterklasse, der Regulierung zahlreicher gesellschaftlicher Bereiche und in der militärischen Vorbereitung und Durchführung imperialistischer Aggressionskriege. Als weitere Kampf- und Interessenorganisationen der Monopole und nichtmonopolistischer Kräfte entsteht eine große Zahl von bürgerlichen Parteien, Verbänden und Vereinen unterschiedlichster Zielsetzung. Staat, Parteien und Interessenorganisationen sind gleichermaßen Elemente des monopolistischen bzw. staatsmonopolistischen Systems, die miteinander immer engere Verflechtungen und Verschmelzungen eingehen. In diesem Prozeß treten die Unterdrückungs- und Aggressionsfunktionen des Staatsapparates (gerichtlicher und außergerichtlicher Terror, Militär) noch stärker hervor. Diese Differenzierung in der Organisation des monopolistischen und staatsmonopolistischen Herrschaftssystems hat zur Folge, daß die Auswertung sich nicht mehr auf die Überlieferung des Staatsapparates allein beschränken darf, sondern in gleicher Weise die Bestände von Konzernen und Monopolen, der Parteien und Interessenorganisationen heranziehen muß.
Eine wichtige Ergänzung für die Zeit der faschistischen Diktatur bieten die Akten der Nürnberger Nachfolgeprozesse, von denen

2. November 1932

Ew. Exzellenz,

Hochzuverehrender Herr Reichspräsident,

Der Ausgang der Reichstagswahl vom 6. November d. J. hat gezeigt, daß das derzeitige Kabinett, dessen aufrechten Willen niemand im deutschen Volke bezweifelt, für den von ihm eingeschlagenen Weg keine ausreichende Stütze im deutschen Volke gefunden hat, daß aber das von Euer Exzellenz gezeigte Ziel eine volle Mehrheit im deutschen Volke besitzt, wenn - wie es geschehen muß - von der staatsverneinenden kommunistischen Partei absieht. Gegen das bisherige parlamentarische Parteiregime sind nicht nur die Deutschnationale Volkspartei und die ihr nahestehenden kleineren Gruppen, sondern auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei grundsätzlich eingestellt und haben damit das Ziel Eurer Exzellenz bejaht. Wir halten dieses Ergebnis für außerordentlich erfreulich und können uns nicht vorstellen, daß die Verwirklichung des Zieles nunmehr an der Beibehaltung einer unwirksamen Methode scheitern sollte.

Wir erachten es deshalb für unsere Gewissenspflicht, Eure Exzellenz ehrerbietigst zu bitten, daß zur Erreichung des von uns allen unterstützten Zieles Eurer Exzellenz die

Umgestaltung des Reichskabinetts in einer Weise erfolgen möge, die die größtmögliche Volkskraft hinter das Kabinett bringt.

Wir bekennen uns frei von jeder engen parteipolitischen Einstellung. Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheissungsvollen Beginn einer Zeit, die durch Überwindung des Klassengegensatzes die unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft. Wir wissen, daß dieser Aufstieg noch viele Opfer erfordert. Wir glauben, dass diese Opfer nur dann willig gebracht werden können, wenn die grösste Gruppe dieser nationalen Bewegung führend an der Regierung beteiligt wird.

Die Uebertragung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der grössten nationalen Gruppe wird die Schlacken und Fehler, die jeder Massenbewegung notgedrungen anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute abseits stehen, zu bejahender Kraft mitreissen.

In vollem Vertrauen zu Eurer Exzellenz Weisheit und Eurer Exzellenz Gefühl der Volksverbundenheit begrüssen wir Euer Exzellenz

mit grösster Ehrerbietung

Fritz Thyssen

Antrag von Vertretern des Monopolkapitals an Hindenburg als Reichspräsident zur Beteiligung der Nazis an der Regierung, 1932. (Photomontage). Büro des Reichspräsidenten, Nr. 47, Bl. 259 u. 297.

die Fälle XI und XII in Potsdam nahezu vollständig vorhanden sind.

Für alle Zweige des *Staatsapparates* enthalten die Bestände der überministeriellen Organe, Parlamente, Innenministerien und Finanzkontrollbehörden aussagekräftige Quellen: Staatsministerium, Zivilkabinett, Staatsrat, Herren- und Abgeordnetenhaus, Landtag, Ministerium des Innern, Finanzministerium (Merseburg); Reichskanzlei, Präsidialkanzlei, Reichstag, Reichsministerium des Innern, Rechnungshof des Deutschen Reiches (Potsdam). Besonders ergiebig ist die Überlieferung zu den verschiedenen Staatsreformen und bedeutenden Veränderungen in der Organisation und Funktion des Staates (Stein-Hardenbergsche Reformen, 1948/49, 1967/71, 1918/19), aber auch für die Entwicklung des Wahlrechts (Dreiklassenwahlrecht, Wahlrechtsreformen) und für den preußischen Staatsapparat auf der mittleren und unteren Ebene.

Eine relativ selbständige Stellung innerhalb des Staatsapparates hatten seine exekutiven Teile, denen vorrangig die Unterdrückungs- und Aggressionsfunktionen übertragen waren, nämlich Justiz, Polizei und Armee.

Die Quellen zur bürgerlichen *Klassenjustiz* als Herrschaftsinstrument des Ausbeuterstaates sind einmal in den Beständen des preußischen (Merseburg) und des Reichsjustizministeriums (Potsdam) konzentriert. Diese enthalten Unterlagen über die einschlägige Gesetzgebung (Gerichtsorganisation, Strafrecht usw.), die Aufsicht über die Rechtsprechung der Gerichte (teilweise über wichtige Einzelprozesse) und den Strafvollzug (Haftanstalten, Vollstreckung von Todesurteilen).

Von gleicher Bedeutung sind die Bestände der Obersten Gerichtshöfe, vor allem ihrer Strafsenate; in Merseburg: politischer Staatsgerichtshof (1830–1870); in Potsdam: Reichsgericht (1879–1945), Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich (1920–1934) und zum Schutze der Republik (1922–1927), „Volksgerichtshof" (1934 bis 1945), Oberreichsanwälte beim Reichsgericht (1879–1945) und beim „Volksgerichtshof" (1934–1945). Die Bestände der Gerichte mittlerer und unterer Instanz, vor denen zumindest bis 1933 die Masse der gegen die Arbeiterbewegung und fortschrittliche Kräfte gerichteten Prozesse geführt wurde, befinden sich in den territorial zuständigen Staatsarchiven.

Die Fülle der Überlieferung erschwert eine differenzierte inhaltliche Analyse. Die Akten reichen von den Demagogenverfolgungen des frühen 19. Jhs. über den Kölner Kommunistenprozeß, die Verfolgung der Linken bis zum Ende des ersten Weltkrieges und der revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse in der Weimarer Republik bis hin zum unmenschlichen Justizterror der faschistischen Diktatur. Die Bestände enthalten wichtige Unterlagen ebenso über

DER FÜHRER Führerhauptquartier, den

102

An den
Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

Betr.: Gnadensache der wegen Hochverrats, Feindbegünstigung und Zersetzung der Wehrkraft vom Volksgerichtshof, 1. Senat am 19. April 1943 zum Tode Verurteilten Sanitätsfeldwebel Alexander Schmorell und Wilhelm Graf. von der 2. Studentenkompanie München.

Ich lehne einen Gnadenerweis ab.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

Bestätigung des Terrorurteils der faschistischen Justiz gegen die Studenten Alexander Schmorell und Wilhelm Graf durch Hitler, 1943. Reichsjustizmin., Nr. IV g 10a 5011/43, Bl. 102.

die politische Unterdrückung, ökonomische Ausbeutung und soziale Diffamierung der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten wie über Korruption in der kapitalistischen Gesellschaft (vorwiegend auf ökonomischem Gebiet). Die führende Rolle der Kommunistischen Partei Deutschlands als tragender Kraft des antifaschistischen Widerstandskampfes wird in einer Vielzahl von Prozeßakten der Zeit des Faschismus widergespiegelt.

Für die *Polizei*, die bis in die ersten Jahre der faschistischen Diktatur in der Hand der Länder lag, bieten die Bestände in Merseburg (z. B. Staatsministerium, Ministerium des Innern) eine reichhaltige und umfangreiche Überlieferung vom Vormärz bis zum Ende der Weimarer Republik: politische Polizei (Vereins- und Koalitionsrecht, Parteien, politische Vereine und Gewerkschaften; Versammlungen, Demonstrationen und offene Klassenkämpfe; Verhaftung und Vernehmung politisch verdächtiger Personen), Organisation der Polizei, Einsatz der Polizei (vornehmlich 1927—1934). Die Überlieferung der Reichsbehörden (Potsdam) ist sowohl für die Zeit bis 1918 als auch für die Weimarer Republik sowie die Zeit des Faschismus relativ schwach.

Über den Einsatz der *Armee* in der Klassenauseinandersetzung im Innern Deutschlands während der einzelnen Perioden liegen infolge des Verlustes des Großteils der schriftlichen Überlieferung der militärischen Kommando- und Verwaltungsbehörden Quellen von nur sehr geringem Umfang vor (s. S. 70).

Ein charakteristisches Merkmal der preußisch-deutschen Innenpolitik war die *Unterdrückung der nationalen Minderheiten:* besonders der polnischen Bevölkerung in den östlichen Provinzen, der polnischen Landarbeiter in Ostelbien und der polnischen Industriearbeiter in Oberschlesien und im Ruhrgebiet, weiterhin der Sorben, der Dänen in Schleswig und der Elsaß-Lothringer. Ergiebig ist vor allem die Überlieferung zur Unterdrückung der Polen in den östlichen Provinzen vom polnischen Aufstand von 1830/31 bis zur imperialistischen „Ostforschung" seit den 20er Jahren sowie der massiven Stützung der ostelbischen Großagrarier.

Parallel zur gewaltsamen Unterdrückung der Volksmassen ging die *ideologische Manipulierung*. Sie erfolgte mit verschiedensten Methoden sowohl durch die aktive Manipulierung durch staatliche Einrichtungen (Schulwesen, Kirche und Armee) als auch durch den Einfluß der Massenmedien (Presse, Film, Funk), die in zunehmendem Maße Breitenwirkung erlangten. Hinzu trat in beträchtlichem Ausmaß die repressive Zensurpolitik mit der Hauptstoßrichtung gegen die Arbeiterklasse.

Die Pressepolitik spiegelt sich in Merseburg vorrangig in den Beständen des Justiz- und des Innenministeriums, auch des Außen- und des Kultusministeriums sowie (vor 1848) des Oberzensur-

BAND 7

Hauptverhandlung

in der Strafsache wegen

Ermordung

von

Dr. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

vor dem

Feldkriegsgericht des Garde-Kavallerie-(Schützen)-Korps

am 8., 9., 10., 12., 13. und 14. Mai 1919

im grossen Schwurgerichtssaal des Kriminalgerichts

zu Berlin.

Urteil

Adolf Kuntze.

Gerichtsfarce über die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, 1919. Preuß. Justizmin., Nr. 10 290.

kollegiums wider; in Potsdam, in geringerer Dichte, in denen des Reichsministeriums des Innern, des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung (1920–1929), des Auswärtigen Amtes, des Reichsjustizministeriums und der Gerichte, nach 1939 (fragmentarisch) in dem Bestand des faschistischen Reichspropagandaministeriums.

Die Verfolgung der fortschrittlichen Presse mittels Zensur (bis 1848), Überwachung durch die politische Polizei und polizeiliche wie gerichtliche Repressalien sind ein durchgehendes Element bürgerlicher Klassenpolitik. Sie ist besonders gut für die Zeit vor der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49, während des Sozialistengesetzes, im ersten Weltkrieg und in den Krisenperioden der Weimarer Republik belegt.

Vom Klassenverrat der Bourgeoisie (1848/49) an und seit dem Aufkommen der bürgerlichen Massenpresse verstärkt sich die andere Linie der staatlichen Pressepolitik: die Manipulierung der „öffentlichen Meinung" durch staatliche Presseorgane, Lenkung der offiziösen und sonstigen Presse durch eigene Korrespondenzen und Kontrollorgane sowie Ankauf oder Korrumpierung „privater" Zeitungen. Dieser Komplex ist für Preußen bis 1933 recht gut überliefert (Merseburg), für das ehemalige Reich nur in begrenztem Maße (abgesehen von 1914–1918). Die Beziehungen zwischen Presse und Monopolen, die Konzentrationsbewegungen in der Presse usw. sind aus den staatlichen Akten nur partiell erkennbar.

Für die Geschichte von Rundfunk und Film, die während der ersten Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu immer entscheidenderen Medien der ideologischen Manipulierung wurden, enthalten verschiedene Bestände in Merseburg (bis 1933) und Potsdam (hier vor allem die Bestände Rechnungshof des Deutschen Reiches und Deutsche Revisions- und Treuhand-AG) wertvolle Aufschlüsse aus einer weitgehend fragmentarischen Überlieferung.

Stellung und Funktion der *bürgerlichen Parteien und Interessenorganisationen* spiegeln sich unter den verschiedensten Aspekten ihrer Tätigkeit und Interessen in nahezu allen Beständen wider. Im Bereich des Staatsapparates kommt hierbei an erster Stelle die Überlieferung der Parlamente und der Ressorts des Innern, der Wirtschaft, der Arbeit und des Auswärtigen als Quellengrundlage in Betracht. Aber auch in Beständen anderer Bereiche sind Kontakte zwischen dem Staatsapparat einerseits und bürgerlichen Parteien und Organisationen andererseits vielfach nachzuweisen.

Die eigene Überlieferung der bürgerlichen Parteien und Interessenorganisationen hängt weitgehend davon ab, wieweit sie unter den konkreten Bedingungen des Klassenkampfes gezwungen waren, einen eigenen durchorganisierten Apparat aufzubauen. Das war für die bürgerlichen Parteien in stärkerem Maße erst seit Anfang des

Bericht des Regierungspräsidenten in Köln über die Aufrufe der „Neuen Rheinischen Zeitung" zur Steuerverweigerung und über die schwebenden Gerichtsverfahren gegen Karl Marx, 1848. (erste Seite) Rep. 77 Tit. 496 a Nr. 15 Bd. 1, Bl. 119.

20. Jhs. der Fall. Die Masse dieser Überlieferung findet sich daher für die Zeit vor 1918 in den Nachlässen ihrer Parteiführer. Parteiarchive sind erst aus der Zeit des ersten Weltkrieges und der Weimarer Republik (Potsdam: Deutschnationale Volkspartei und Deutsche Volkspartei) vorhanden.

Von den relativ straff durchorganisierten Interessen- und Propagandaorganisationen, die mit der Herausbildung des Imperialismus entstanden, sind besonders die Bestände des Deutschen Ostmarkenvereins (Merseburg), des Alldeutschen Verbandes und der Deutschen Kolonialgesellschaft (Potsdam) erhalten. Aus der Zeit der Weimarer Republik liegen in Potsdam teilweise recht umfangreiche und aussagekräftige Bestände des Stahlhelm, der Deutschen Stiftung und zahlreicher revanchistischer Verbände (mit der Hauptstoßrichtung gegen Österreich, baltische Republiken, Saargebiet) vor.

Die Spitzenverbände der wirtschaftspolitischen Organisationen sind nur durch Bestände aus dem landwirtschaftlichen Sektor vertreten (Deutscher Landwirtschaftsrat, Reichslandbund, Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft), sämtlich in Potsdam. Die Überlieferung großer Monopolverbände wie z. B. Reichsverband der Deutschen Industrie und anderer ist nicht vorhanden.

Literaturhinweise:

Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Bd 1–2. Leipzig 1968–1970 (mit zahlreichen archivalischen Quellennachweisen aus Beständen des Deutschen Zentralarchivs).

Merseburg: Spezialinventar zur französischen Fremdherrschaft und zu den Befreiungskriegen 1806–1815. (Maschschr., 1953). – Spezialinventar zur Geschichte der nationalen Befreiungsbewegung 1813 (Maschschr., 1963). – Zur nationalen Befreiungsbewegung 1813/14. Quellen im Deutschen Zentralarchiv, Abt. Merseburg. In: AM 13 (1963), S. 84–95. – Dräger, U.: Die nationale Befreiungsbewegung des deutschen Volkes 1813/14, dargestellt an einigen Quellen des Deutschen Zentralarchivs, Abt. Merseburg. In: AM 13 (1963), S. 221–226. – Kartei politisch Verdächtiger mit besonderer Berücksichtigung der politisch verdächtigen Polen (für 1810–1902, Schwerpunkt zwischen 1830 und 1848). – Schäfer, W., G. Schrader: Zur preußischen Innenpolitik 1871–1918. Auszüge aus den Sitzungsprotokollen des preußischen Staatsministeriums sowie den Protokollen der Conseil-, später Kronrat-Sitzungen in den Jahren 1871–1918. In: Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. 1. Berlin 1954, S. 151–158. – Verzeichnis der in der Aktengruppe Materialien der politischen Polizei des Ministeriums des Innern enthaltenen Drucksachen und Drucksachenverbote aus den Jahren 1927–1934 (Maschschr., 1957). – Thieme, H.: Preußisches Geheimes Zivilkabinett – kapitalistische Epoche. Übersicht über einen Bestand im Deutschen Zentralarchiv, Hist. Abt. II, Merseburg. In: ZfG 18 (1970), S. 90–93.

Potsdam: Brather, H.-St., G. Enders: Über die archivalische Quellenlage zur Geschichte
der Novemberrevolution im Deutschen Zentralarchiv Potsdam. In: AM 18 (1968), S. 142 bis
147. – Schmid, G.: Zur Militarisierung des politischen und gesellschaftlichen Lebens in der
Weimarer Republik. Beispiele aus dem Bestand „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten" im
Deutschen Zentralarchiv Potsdam. In: AM 13 (1963), S. 96–99. – Meyer, G.: Das Presse-
archiv des Bundes der Landwirte (1893–1945). In: ZfG 7 (1959), S. 1121–1123. – Brather,
H.-St.: Die Zwangsarbeit in der faschistischen Kriegswirtschaft, dargestellt an Akten des
Nürnberger Wilhelmstraßen-Prozesses. In: AM 13 (1963), S. 44–46. – Czollek, R., D. Eich-
holtz: Die Nürnberger Nachfolgeprozesse als Quelle der Geschichtswissenschaft. Informatio-
nen über die in der DDR vorhandenen Prozeßmaterialien und methodische Hinweise für
ihre Benutzung. In: JbWG 1966, Teil 3, S. 219–235. (Präziser Nachweis über die im Deut-
schen Zentralarchiv Potsdam vorhandenen Nürnberger Prozeßakten.) – Brather, H.-St.:
Die Nürnberger Prozeßakten als Geschichtsquellen. Eine Bibliographie. In: JbWG 1969,
Teil 2, S. 391–416.

Fortschrittliche bürgerlich-demokratische Kräfte

Die Quellengrundlage ist nach Herkunft und Aussagekraft unterschiedlich zu bewerten. Eine sehr reichhaltige Überlieferung gibt es aus der Unterdrückungstätigkeit des Staatsapparates in Preußen und im Reich gegenüber allen demokratischen Kräften. In diesem Zusammenhang sind vor allem die Bestände des preußischen und des Reichsministeriums des Innern, des preußischen und des Reichsjustizministeriums, des Reichsgerichts, des Oberreichsanwalts beim Reichsgericht und des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung zu nennen. Sie enthalten – neben den amtlichen Berichten und Weisungen und sonstigen Unterlagen zu staatlichen Maßnahmen – zahlreiche beschlagnahmte oder gesammelte Druckschriften und andere Archivalien der „überwachten" Organisationen oder Persönlichkeiten. Daneben liegt eine Reihe von Beständen vor, die unmittelbar aus der Tätigkeit von Parteien, Organisationen und Persönlichkeiten verschiedener Schichten und Gruppierungen der liberalen Bourgeoisie erwachsen sind und daher spezifischen Quellenwert besitzen wie die Bestände des Deutschen Nationalvereins (1859–1865), der Fortschrittlichen Volkspartei (1910–1918) und des Volksbundes für Freiheit und Vaterland (1917–1920), sowie – als Beispiele genannt – die Nachlässe Ludwig Bamberger, Rudolf von Bennigsen, Robert Blum, Friedrich Hammacher, Hoffmann von Fallersleben, Eduard Lasker, Karl Mathy, Friedrich Naumann, Friedrich und Karl Oetker sowie Michael und Jacob Venedey.

Für die 1. Hälfte des 19. Jhs. geben die in Merseburg verwahrten preußischen Bestände – ergänzt durch einige Nachlässe und Sammlungen in Potsdam – eine breite Quellenbasis zur Entwicklung der liberalen, demokratischen und nationalen Kräfte im Vormärz und in der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848. Sie zeigen – meist im Spiegel der „Demagogenverfolgung" und der staatlichen Zensurmaßnahmen – die Entwicklung des bürgerlichen Nationalbewußtseins und der bürgerlich-liberalen Verfassungsbewegung, die Entfaltung der Burschenschafts- und Turnbewegung, der Polen-, Preß- und Vaterlandsvereine und die hauptsächlich in den Handwerkervereinen sich ausdrückenden kleinbürgerlich-demokratischen Bestrebungen. In diesem Zusammenhang sind auch Quellen in den Beständen des preußischen Außenministeriums und der innerdeutschen preußischen Gesandtschaften von Bedeutung, die die Solidarität der herrschenden Klasse gegen alle fortschrittlichen Bestrebungen in den deutschen Ländern erkennen lassen.

Die Überlieferung für die 2. Hälfte des 19. Jhs. und die Periode des Imperialismus bis zum ersten Weltkrieg spiegelt vor allem das

Eingabe politischer Vereine an die Linke der Nationalversammlung zu Frankfurt, 1848. (Photomontage) Nachlaß Blum, Nr. 84.

Klassenbündnis der Bourgeoisie mit dem Junkertum wider. Die Bestände in Merseburg wie – mit zunehmendem Schwerpunkt – in Potsdam lassen die antidemokratische Entwicklung des deutschen Liberalismus und die relative Schwäche der demokratischen Kräfte erkennen. Gleichwohl wird (vor allem in zahlreichen Nachlässen mit reichhaltigen Korrespondenzen) die Kontinuität der kleinbürgerlich-demokratischen Klassenlinie in der Tätigkeit fortschrittlicher Verbände, Vereine und Presseorgane sichtbar. Es finden sich Quellen über die verschiedenen Gruppierungen der demokratischen Kräfte und ihre Stellung einerseits zur Arbeiterklasse, andererseits zur Bourgeoisie und Monopolbourgeoisie.
Dies gilt in noch stärkerem Maße für die Periode der Weimarer Republik. Hier liegt insbesondere eine bedeutende Überlieferung zur Tätigkeit von bürgerlichen antimilitaristischen und pazifistischen Organisationen und von linksintellektuellen Schriftstellern vor. Sie setzt sich auch in der Periode der faschistischen Diktatur fort. Neben staatlichen Akten über Beschlagnahme von Vermögenswerten demokratischer Organisationen in den Jahren 1933 bis 1935 (Merseburg) ist in Potsdam eine beachtliche Zahl an Beständen aus der antifaschistischen Emigration in Westeuropa (1933 bis 1940) erhalten geblieben: antifaschistische Presseorgane und Organisationen (z. B. Pariser Tageszeitung; Verband der Deutschen Journalisten in der Emigration) und Nachlaßsplitter von Emigranten (z. B. Walter Benjamin, Georg Bernhard, Hans Siemsen). Diese Bestände enthalten Quellen über die Tätigkeit bürgerlich-demokratischer Kräfte unter den Schriftstellern und Journalisten in der Emigration, über ihre Haltung zur Arbeiterklasse und zur faschistischen Entwicklung in Deutschland.

Literaturhinweise:

Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Bd 1–2. Leipzig 1968–1970 (mit zahlreichen archivalischen Quellennachweisen aus Beständen des Deutschen Zentralarchivs).

Merseburg: Lehmann, J.: Repressalien des preußischen Staates gegen die Arbeiterbewegung und das fortschrittliche Bürgertum in der Nazizeit (Vermögensbeschlagnahmungen). In: AM 13 (1963), S. 27–29. – Herricht, H.: Akten über Maßnahmen gegen marxistische und fortschrittliche bürgerliche Hochschullehrer in Preußen. In: AM 13 (1963), S. 100–101.

Potsdam: Spezialinventar zur Entwicklung der demokratischen, antimilitaristischen Kräfte in Deutschland (Mitte des 19. Jhs. bis 1945). (Maschschr., 1970).

Für die Entwicklung der Wirtschaft im Zeitraum von 1789 bis 1945 steht im DZA eine außerordentlich umfangreiche Überlieferung zur Verfügung.

In Merseburg konzentriert sie sich – überwiegend bis 1933 1935 reichend – auf die Bestände der wirtschaftspolitischen Ministerien: für Handel und Gewerbe (1808–1934), Landwirtschaft (1848–1934) und öffentliche Arbeiten (1879–1921) mit dem Schwerpunkt Verkehrs- und Bauwesen. Dazu kommen einige finanzpolitische Behörden: Finanzministerium (1808–1945), Oberrechnungskammer, Staatsschuldenverwaltung; daneben auch die Bestände des Staatsministeriums, des Innen- und Außenministeriums, des Zivilkabinetts, der preußischen Staatsbank (Seehandlung) sowie einige Nachlässe. Für die Zeit ab 1871 treten die Potsdamer Bestände zu der preußischen Überlieferung hinzu. Die Herausbildung und Durchsetzung des monopolistischen und staatsmonopolistischen Kapitalismus hatten häufige Änderungen im wirtschaftspolitischen Spitzenapparat der Reichsverwaltung zur Folge, so daß die meisten Bestände nur einzelne Perioden der deutschen Geschichte betreffen. Dabei ergeben sich folgende zeitliche Schwerpunkte: 1871–1945 (Reichsfinanzministerium, Auswärtiges Amt und Botschaft China, Reichskommissar bei der Berliner Börse); 1871–1917 (Reichskanzleramt, Reichsministerium des Innern als Vorgänger des Reichswirtschaftsministeriums, Reichskanzlei); 1917–1945 (Reichswirtschafts- und Reichsverkehrsministerium, ab 1930 Rechnungshof); 1917–1933 (Büro Dr. Helfferich, Reichsschatzministerium, Reichsministerien für Demobilmachung und Wiederaufbau, Präsidialkanzlei, Reichskanzlei); 1933–1945 (Reichsministerium Speer mit angegliederten staatsmonopolistischen Regulierungsorganen) sowie einige Nürnberger Nachfolgeprozesse (vor allem Fall VI, XI und XII).

Mit dem Beginn des Imperialismus setzt die eigene Überlieferung der Konzerne, Monopole und Großbanken sowie anderer Wirtschaftsunternehmen in beträchtlichem Umfang ein (Potsdam): Konzerne und Monopole, Großbanken, Wirtschaftsunternehmen, staatsmonopolistische Regulierungsorgane aus dem ersten Weltkrieg. Ergänzend sind die Nachlässe von Wirtschaftspolitikern, in der Wirtschaftsverwaltung tätigen Staatsbeamten und Wirtschaftswissenschaftlern und die Bestände bürgerlicher Parteien und Interessenorganisationen heranzuziehen (s. S. 58, 62).

Die Gesetzmäßigkeiten der ökonomischen Entwicklung zum Kapitalismus sowie in der Zeit des monopolistischen und staatsmonopolistischen Kapitalismus spiegeln sich in allen Beständen des DZA aus der Zeit von 1807 bis 1945 wider. Angesichts des Umfangs



TELEFUNKEN
GESELLSCHAFT FÜR DRAHTLOSE TELEGRAPHIE M. B. H.

An das
Reichswirtschaftsministerium,
z.Hd. von Herrn
Ministerialdirigent Dr. I m h o f f,
B e r l i n C. 2
Neue Königstr. 27/37.

BERLIN SW 11, HALLESCHES UFER 30

Unser Zeichen: AV-vH/Schl. No.110.
Tag: 1[illegible].1.1945.

Betreff: Vertrag Telefunken / Radio Corporation of America.

Unser Vertrag, den wir mit der Radio Corporation of America (RCA) abgeschlossen haben, kommt in nächster Zeit zum Ablauf. Die Möglichkeit der Verlängerung des Vertrages ist in demselben ausdrücklich vorgesehen, jedoch an eine vorherige Verständigung darüber gebunden. Der Ablauf des Vertrages würde uns zwingen, unser gesamtes innerdeutsches Vertragsgefüge einer Neuordnung zu unterziehen. Da wir sowohl wie auch unsere deutschen Vertragspartner zurzeit sämtlich mit kriegswichtigsten Aufgaben mehr als ausgelastet sind, ist es nach unserer Ansicht nicht zu verantworten, Zeit und Arbeit für Verhandlungen aufzuwenden, welche entfallen würden, wenn wir die Möglichkeit hätten, uns mit der RCA in Verbindung zu setzen. Wir suchen daher nach einer Möglichkeit, den Vertrag zunächst als bis Kriegsende verlängert betrachten zu können und haben hierüber schon mit dem Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens, und zwar Herrn Senatspräsident Kellermann, Fühlung genommen. Dieser erklärte uns, dass auch der Standpunkt des Reichskommissars für die Behandlung feindlichen Vermögens dahin geht, unnötige Erschütterungen während der Kriegsdauer zu vermeiden und empfahl uns, die Angelegenheit zunächst mit den zuständigen Stellen des Reichswirtschaftsministeriums zu behandeln. In der Besprechung mit dem Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens haben wir gewisse Möglichkeiten erörtert, welche wir dem Reichswirtschaftsministerium vortragen möchten. Wir bitten deshalb um Angabe eines Termines für eine Besprechung, wobei wir bemerken, dass auch Herr Regierungsrat [illegible], den wir kurz über die Angelegenheit unterrichteten, an der Besprechung teilnehmen möchte. Angabe des Termines erbitten wir telefonisch unter 11 6391, Apparat 181, an unseren Herrn von H e n k.

Heil Hitler !
TELEFUNKEN
Gesellschaft für drahtlose Telegraphie
m.b.H.

Verhandlung der Telefunken GmbH mit dem faschistischen Wirtschaftsministerium über den Kartellvertrag mit Radio Corporation of America, 1945. Reichswirtschaftsmin., Nr. 11 712, Bl. 3.

und der Vielfalt an Beständen kann eine thematische Analyse der Überlieferungslage nur in strenger Auswahl gegeben werden.
Die Rolle von Industrie und Großbanken im Verhältnis von Politik, Ökonomie und Krieg ist besonders gut für die Aggressionskriege von 1870/71, 1914–1918 und 1939–1945 und für die Kolonialkriege, wenn auch in unterschiedlicher Dichte und Aussagekraft, dokumentiert. Das trifft in gleicher Weise für die Rüstungswirtschaft zu.
Über die Entwicklung der *Produktionsverhältnisse in Gewerbe und Industrie* ist eine außerordentlich umfangreiche Überlieferung für den gesamten Zeitraum von 1807 bis 1945 vorhanden. Im industriellen Sektor gilt das besonders für den Bergbau (Kohle, Erze, Kali, Salze), die Metallurgie, Chemie und Elektrotechnik. Die Entwicklung der gewerblichen *Produktionsinstrumente* ist für die 1. Hälfte des 19. Jhs. gut überliefert (Patentanmeldungen; technische Anlagen und Technologie, vorrangig für Dampfmaschinen, Bergbau und Metallurgie); danach ist die Quellenlage erheblich schwächer und nur für den Bergbau (Merseburg), die chemische und die Elektroindustrie als etwas günstiger zu bezeichnen. Die Beziehungen zwischen Basis und Überbau werden in den zahlreichen Akten über die *Organisationsformen* der kapitalistischen Wirtschaft deutlich. In diesem Zusammenhang sei auf die in verschiedenen Beständen zentraler Wirtschaftslenkungsorgane, Banken und Monopole vorhandenen Einzelfallakten über die Entwicklung und Tätigkeit von Wirtschaftsunternehmen der verschiedensten Zweige hingewiesen, die für die Betriebsgeschichtsschreibung von außerordentlichem Wert sind.
Die *Finanzpolitik* ist mit ihren verschiedenen Bereichen (Steuer-, Haushalts-, Bank-, Währungs- und Kreditpolitik) in den Beständen der Staatsorgane und Monopole dokumentiert. Hier besteht eine ausgezeichnete Quellengrundlage für die diktatorische Rolle der Finanzoligarchie im Innern und ihre Expansion auf dem Weltmarkt. Größere Lücken ergeben sich allerdings aus dem Fehlen erheblicher Teile des Bestandes Reichsfinanzministerium für die Zeit von 1919 bis 1945. Zur Rolle der Banken und Monopole in der Innen- und Außenpolitik insbesondere für die Periode der Weimarer Republik und die Zeit der faschistischen Diktatur liegen wesentliche Quellen vor.
Die *außenwirtschaftlichen Beziehungen* (Handelsverbindungen, Kapitalexport und Investitionspolitik) sind in großem Ausmaß und hoher Aussagekraft für den gesamten Zeitraum und für die wechselnden Interessengebiete und Expansionsziele des deutschen Kapitals in der ganzen Welt belegt.
Die inhaltlichen Schwerpunkte zur *Agargeschichte* erstrecken sich auf die Herausbildung und Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft, den kapitalistischen Großgrundbesitz (Domänen und Junker), die einzelnen Produktionszweige, die Entwicklung der Produktionsinstrumente, die soziale Lage des ländlichen Proletariats (Merseburg). Für Potsdam liegen sie bei der steuer- und zollpolitischen Subventionierung der Großagrarier und den Beständen agrarischer Spitzenverbände (s. S. 57). Für die Zeit des Faschismus bestehen hohe Quellenverluste.

Die Geschichte von *Post* und *Verkehr* ist für die meist vom Staat angelegten und staatskapitalistisch betriebenen Verkehrsanlagen gut dokumentiert, namentlich für die Zeit bis 1933 (Straßen einschließlich der „Reichsautobahnen", Eisenbahnen, Binnenwasserstraßen und Häfen, Post- und Telegraphenanlagen). Die Entwicklung des Transportwesens läßt sich für die staatskapitalistisch betriebenen Einrichtungen und ihre Tarifpolitik (insbesondere Post vor 1928, Eisenbahnen) ziemlich lückenlos untersuchen, für die privatkapitalistischen Unternehmen und die zivile Luftfahrt ist die Quellenlage dagegen lückenhafter und teilweise fragmentarisch.
Die Überlieferung zur *Baugeschichte* befindet sich zum größten Teil in Merseburg und enthält aus der Zeit vom frühen 19. Jh. bis 1945 Quellen zur staatlichen Bautätigkeit (Hoch-, Straßen- und Brücken-, Eisenbahn- und Wasserbau), zur Denkmalpflege und zur staatlichen Bauaufsicht. Die Akten (häufig mit Plänen und Zeichnungen, Baubeschreibungen und Kostenanschlägen) sind für die ökonomische Nutzung durch die Bauwirtschaft der DDR und für kunstgeschichtliche Forschungen von Wert.

Literaturhinweise:

Merseburg: Zur Geschichte der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in Preußen 1810–1933. Spezialinventar des Bestandes Preußisches Ministerium für Handel und Gewerbe. Bd 1–3. Weimar 1966–1970 = Schriftenreihe des DZA. 2. – Waldmann, H.: Das Preußische Ministerium für Handel und Gewerbe. Ein Beitrag zu seiner Geschichte und ein Überblick über die in den Akten des Ministeriums vorhandenen Materialien zur Wirtschafts-, Technik- und Sozialgeschichte. In: AM 5 (1955) 2, S. 2–7. – Lehmann, J.: Der Bestand des Preußischen Finanzministeriums im Deutschen Zentralarchiv, Hist. Abt. II. Versuch einer Bestandsanalyse. In: AM 18 (1968), S. 17–23. – Ders.: Das Preußische Finanzministerium. Übersicht über einen Bestand im Deutschen Zentralarchiv, Hist. Abt. II, Merseburg. In: ZfG 16 (1968), S. 633–634. – Ders.: Die Preußische Staatsbank (Seehandlung). Eine Bestandsinformation. In: JbWG 1970, Teil 3, S. 255–261. – Dräger, U.: Preußisches Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Eine Bestandsinformation. In: JbWG 1970, Teil 3, S. 263–280. – Thieme, H.: Statistische Materialien zur Konzessionierung von Aktiengesellschaften in Preußen bis 1867. In: JbWG 1960, Teil 2, S. 285–300. – Waldmann, H.: Quellen zur Geschichte der Technik im Deutschen Zentralarchiv, Abt. Merseburg. In: AM 8 (1958), S. 104–106. – Ders.: Die Patentakten des Deutschen Zentralarchivs, Abt. Merseburg. In: Technisches Erfindungs- und Vorschlagswesen 1956, H. 8, 172–173.

Potsdam: Lötzke, H.: Quellen zur Wirtschaftsgeschichte in der Epoche des Imperialismus im Deutschen Zentralarchiv Potsdam. In: JbWG 1961, Teil 1, S. 239–283. – Metschies, K.: Der Bestand „Deutsche Reichsbank", Volkswirtschaftliche und Statistische Abt., im Deutschen Zentralarchiv Potsdam, Hist. Abt. I. In: JbWG 1968, Teil 3, S. 387–391. – Schreyer, H.: Der IG-Farben-Konzern, seine Vorgänger und Nachfolger. Ein Beitrag zur Organisationsgeschichte der deutschen Chemieindustrie. In: AM 16 (1966), S. 101–106, 148–158. – Metschies, K.: Der Bestand IG-Farbenindustrie AG im Deutschen Zentralarchiv Potsdam, Hist. Abt. I. In: JbWG 1969, Teil 4, S. 213–225. – Ders.: Der Bestand Badische Anilin- und Sodafabrik AG im Deutschen Zentralarchiv Potsdam, Hist. Abt. I. In: JbWG 1971, Teil 2, S. 269–273. – Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der chemischen Industrie. Protokolle von Ausschüssen und Kommissionen der IG-Farbenindustrie AG. Hrsg. von den Betriebsarchiven VEB Filmfabrik Wolfen, VEB Farbenfabrik Wolfen und VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld. Leipzig 1968. – Nachtrag dazu: Hrsg. vom Betriebsarchiv VEB Filmfabrik Wolfen und vom DZA Potsdam. Wolfen 1971. – Brather, H.-St.: Die Zwangsarbeit in der faschistischen Kriegswirtschaft, dargestellt an Akten des Nürnberger Wilhelmstraßen-Prozesses. In: AM 13 (1963), S. 44–46. – Wöllmann, E.: Das Archiv des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen. In: Die deutsche Post 2 (1957), S. 292 bis 294. – Nitsche, J.: Archivalische Quellen zur Betriebsgeschichte im Deutschen Zentralarchiv Potsdam. In: JbWG 1961, Teil 2, S. 147–149.

Wissenschaft, Bildung und Kunst

Die Quellenlage wird dadurch bestimmt, daß die „Kulturhoheit" bis zum Beginn der faschistischen Herrschaft bei den Ländern lag. Den Kern der Überlieferung bildet demgemäß für die Zeit bis 1933 der Bestand des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (1817–1934). Er wird ergänzt durch Aktengruppen in den Beständen Geheimes Zivilkabinett, Staatskanzleramt, Innenministerium und Finanzministerium sowie durch spezielle Unterlagen in den Beständen der Generalverwaltung der staatlichen Museen (1833–1900) und der Generalintendanz der preußischen Staatstheater (1918–1945). Außerdem sind Nachlässe von Ministern, Beamten und Wissenschaftlern von Bedeutung, vor allem die Nachlässe Karl von Altenstein, Friedrich Althoff, J. A. F. Eichhorn, Adalbert Falk, Friedrich Schmitt-Ott, Gustav Schmoller und Werner Sombart.

Auf der Ebene der Reichsverwaltung ist erst für die Zeit des Faschismus eine umfangreichere Quellenbasis vorhanden, die die Zentralisierung aller Kultur- und Propagandafunktionen dieser Bereiche widerspiegelt. Sie ist zwar sehr lückenhaft, enthält aber in Teilbeständen des 1934 errichteten Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und des faschistischen „Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda" Quellenkomplexe von erheblicher Bedeutung.

Im Bereich der *Volksbildung* bieten die genannten Bestände eine umfassende Überlieferung zu inhaltlichen und organisatorischen Problemen des Schulwesens. Den Schwerpunkt bildet das „höhere" Schulwesen; an seiner besonderen Förderung gegenüber dem „Volksschulwesen" läßt sich das Bildungsprivileg der herrschenden Klasse nachweisen. Der Klassencharakter der Bildungspolitik kommt auch in Akten über die sprachliche und kulturelle Unterdrückung der nationalen Minderheiten und in Quellen über die Verbreitung militaristischen und faschistischen Gedankengutes an den Schulen zum Ausdruck. Unterlagen gibt es ferner über ausländisches Schulwesen und deutsche Schulen im Ausland.

Auf dem Gebiet der *Hochschulpolitik* dokumentieren sehr umfangreiche Quellengruppen die Organisation und Unterhaltung der Hochschulen in Preußen und (seit 1934) auch in außerpreußischen Ländern, die Berufung der Hochschullehrer und die Gestaltung von Forschung, Lehre und Studium. Die staatlichen Akten werden dabei durch den in Potsdam vorliegenden Bestand des Reichsverbandes der deutschen Hochschulen (1920–1935) ergänzt. Die hochschulpolitische Überlieferung gestattet auch Aussagen über die Tätigkeit fortschrittlicher und revolutionärer Professoren und Studenten. Sie zeigt die Kontinuität der staatlichen Unterdrückungsmaßnah-

men von der Verfolgung der Burschenschaften über die Bespitzelung sozialdemokratischer Studentenvereinigungen bis zur willkürlichen Entlassung bürgerlich-demokratischer und antifaschistischer Wissenschaftler im Zuge der faschistischen Hochschulpolitik. Zu den Archivalien über Hochschulangelegenheiten gehören schließlich auch Unterlagen zum Hochschulwesen des Auslands und zum Ausländerstudium an deutschen Universitäten.

Die *Wissenschaftspolitik* im preußischen Bereich wird durch Quellen über die Akademie der Wissenschaften zu Berlin und andere Akademien, über wissenschaftliche Institute, Vereine, Gesellschaften und Stiftungen der verschiedensten Art und Zielsetzung (z. B. Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Archäologisches Institut in Rom) widergespiegelt. Von Interesse sind ferner Informationen über wissenschaftliche Expeditionen, Sammlungen und andere Unternehmungen, über internationale wissenschaftliche Konferenzen sowie über die Herausgabe von Druckwerken. Quellen dieser Art liegen – bereits für die Zeit vor 1933 – auch für die vom Reich getragenen Unternehmungen vor. Diese Überlieferung bietet Beispiele für den Mißbrauch der Wissenschaften im Interesse der herrschenden Klassen z. B. durch die Verherrlichung der Aggressionskriege und durch die Tätigkeit von Instituten zur „wissenschaftlichen" Begründung aggressiver Expansionsziele und zur ideologischen Einflußnahme auf Nachbarvölker (Osteuropa-Institute und ähnliche).

Zur Geschichte der *Kunst* existiert insgesamt nur eine lückenhafte Überlieferung. Die preußischen Bestände enthalten Quellen über Kunstakademien, Museen und Ausstellungen, über Kunst- und Künstlervereine und über denkmalpflegerische Maßnahmen. Verhältnismäßig gut ist die Geschichte der preußischen Staatstheater in der Weimarer Republik dokumentiert. In den Beständen des Reichsministeriums des Innern und des Reichsjustizministeriums (Potsdam) ist Material zur Kulturgesetzgebung vorhanden. Für die Periode nach 1933 besteht eine relativ vollständige Überlieferung über die faschistische „Kulturpolitik" in den Bereichen Theater und Musik.

Zur Geschichte der *Medizin* und des Gesundheitswesens vorhandene Quellen informieren unter anderem über Ausbildung und Tätigkeit des medizinischen Personals, über medizinische Einrichtungen, Seuchenbekämpfung, wissenschaftliche Forschungen, Fragen der Hygiene und Jugendfürsorge.

Literaturhinweise:

Merseburg: Spezialinventare über Theatergeschichte und zur Geschichte der Humboldt-Universität Berlin (Maschschr., 1955 ff.). – Herricht, H.: Akten über Maßnahmen gegen marxistische und fortschrittliche bürgerliche Hochschullehrer in Preußen. In: AM 13 (1963), S. 100–101. – Weiser, J.: Quellen zur Geschichte der Medizinalverwaltung in der Hist. Abt. II des DZA. (Eine Bestandsinformation). In: NTM-Schriftenreihe Geschichte, Naturwissenschaft, Technik, Medizin. Leipzig 8 (1971), S. 44–48.

Die entscheidende Grundlage zur Erforschung der deutschen Militärgeschichte ist die schriftliche Überlieferung der militärischen Kommando- und Verwaltungsbehörden sowie der Truppenteile selbst. Sie wurde jedoch am Ende des zweiten Weltkrieges größtenteils vernichtet: fast alle Bestände der preußisch-deutschen Armee bis 1919, der Reichswehr und zu erheblichen Teilen auch der Führungsorgane des faschistischen Heeres und der Luftwaffe. Die verbliebenen Reste sind teilweise weit zerstreut und schwer zugänglich. Die in der DDR erhalten gebliebenen militärischen Bestände werden im Deutschen Militärarchiv in Potsdam verwahrt.
Doch auch in den Archivbeständen ziviler Behörden und Institutionen befinden sich Quellen zur Militärgeschichte im weitesten Sinne.

Ein wichtiges Hilfsmittel für die militärgeschichtliche Forschung ist die vom Deutschen Militärarchiv in Zusammenarbeit mit dem DZA und den Staatsarchiven der DDR erarbeitete Zentrale Bestandsnachweiskartei „Militaria" (ZBNK). Sie gibt Auskunft über die im DZA und in den Staatsarchiven befindlichen Archivalien nichtmilitärischer Provenienz, die militärische Angelegenheiten betreffen (1807–1945).

Wichtige Quellen zu Problemen des Militärwesens und der Militärpolitik für die Zeit bis 1870 sind in Merseburg die Bestände der Zentralbehörden aus der Zeit der französischen Besetzung und der Befreiungskriege sowie die des Geheimen Zivilkabinetts, des Staatsministeriums und fast aller Fachministerien. Sie werden ergänzt durch umfangreiche Nachlässe von Staatsbeamten und Militärs, z. B. K. A. von Hardenberg, Hermann v. Boyen, Alfred Waldersee, Wolfgang Kapp sowie von preußischen Königen und anderen Mitgliedern der Hohenzollern.

Für die Zeit von 1870 bis 1919 kommen zu den preußischen Beständen diejenigen der zentralen Staatsorgane des Reiches hinzu: Reichstag, Reichskanzlei und verschiedene Reichsämter. Sie werden ergänzt durch Bestände einzelner Verbände (vor allem Alldeutscher Verband) und einige Nachlässe.

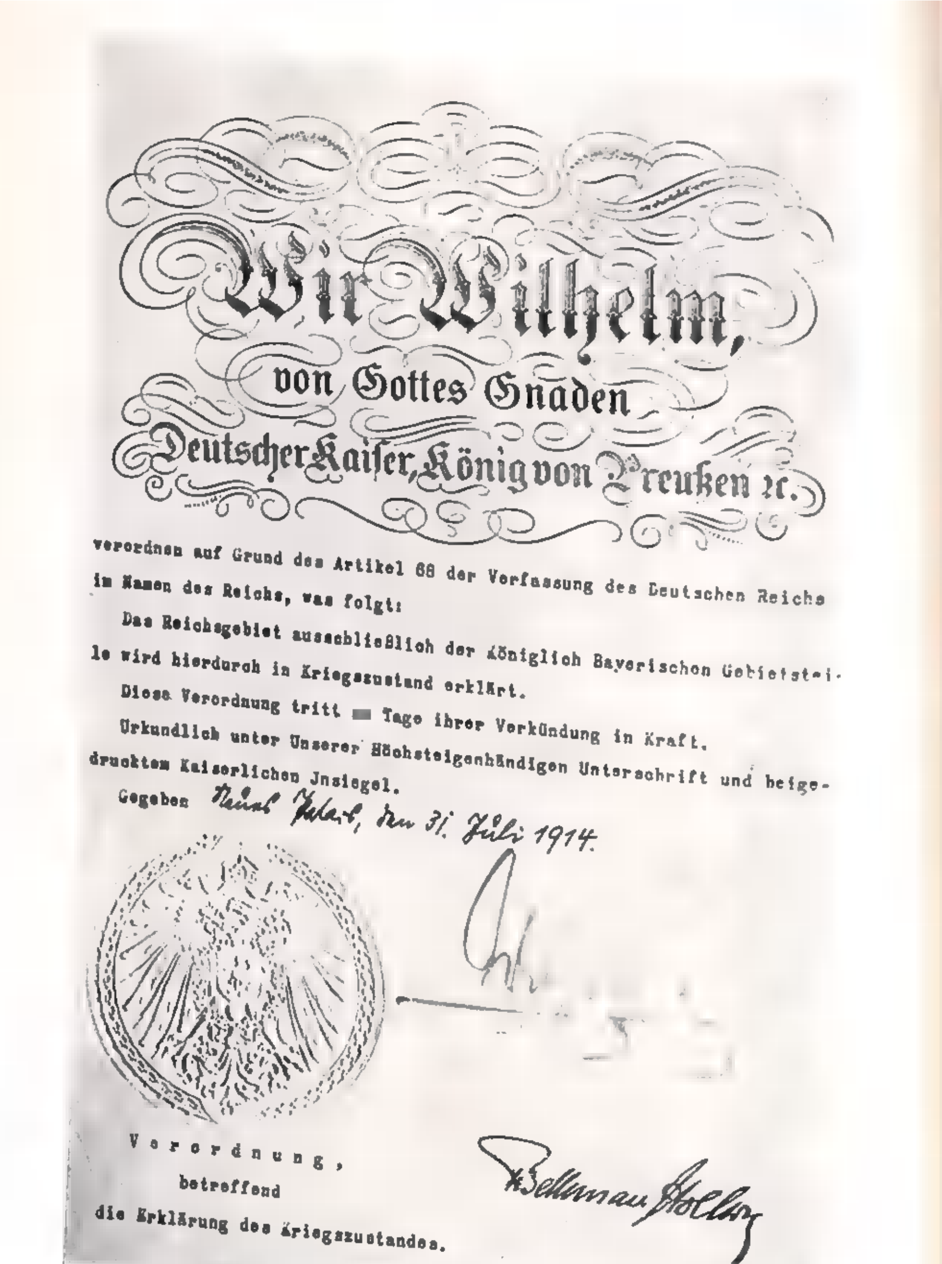
Die Potsdamer Bestände sind für den Zeitraum von 1919 bis 1945 besonders instruktiv: vor allem Präsidialkanzlei (1919–1934), Reichstag, einzelne Ministerien und andere zentrale Reichsbehörden und verschiedene kurzlebige Behörden zur Ausführung der politischen und wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages. Dazu kommen die Bestände bürgerlicher Wehrverbände (Stahlhelm, Organisation Escherich) und einzelne Nachlässe (Kurt Anker, Ernst Köstring, Adolf von Westarp). Die Überlieferung ist für die Weimarer Republik relativ günstig, für die Zeit des Faschismus jedoch sporadisch und in größerer Dichte nur im Bestand eines Nürnberger Nachfolgeprozesses (Fall XII) gegeben.

Zu allgemeinen militärgeschichtlichen Problemen bis 1918 (Militärpolitik, Wehrverfassung und -organisation Preußens, des Deutschen Bundes und des Deutschen Reiches) besteht eine breite Quellenbasis. Sie enthält auch eine Fülle von Informationen über: Umfang der Militäretats; Ausrüstung, Versorgung, Ausbildung, Gliederung und Standortverteilung der einzelnen Truppenteile; einzelne Waffengattungen; Entwicklung der militärischen Taktik und Militärtechnik; Einsatz und Besoldung militärischer Kader; militärische Bildungs- und Erziehungseinrichtungen; Militärmedizinalwesen; Versorgung von Invaliden und Kriegshinterbliebenen; Beschäftigung von Kriegsgefangenen. Für die Jahre 1918–1933 und insbesondere die faschistische Diktatur sind einschlägige Quellen nur fragmentarisch erhalten, in Einzelfällen jedoch von beachtlichem Aussagewert.

Militärische Ereignisse sind bis 1918 teilweise in starker Dichte dokumentiert, besonders die nationalen Befreiungskriege 1813 bis 1815, der deutsch-dänische Krieg 1864 und der preußisch-österreichische Krieg von 1866 (Merseburg), der deutsch-französische Krieg 1870/71 (Merseburg und Potsdam) und die Kolonialkämpfe des deutschen Imperialismus (Bestand Reichskolonialamt in Potsdam). Auch über den ersten Weltkrieg 1914–1918 gibt eine Vielzahl von Quellen Aufschluß, vornehmlich über die politischen und ökonomischen Zusammenhänge der imperialistischen Kriegführung, über einzelne militärische Ereignisse und die Okkupationspolitik (in Belgien, Polen, den baltischen Provinzen und der Ukraine).

Umfangreich sind auch die Maßnahmen ziviler und militärischer Stellen belegt, um die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrags zu erfüllen und zu umgehen, vor allem die materiell-technischen Anlagen und Vermögenswerte des imperialistischen Heeres und der Marine zu erhalten. Die Aktivität militaristischer Vereine, Verbände und Organisationen (z. B. Bund Oberland, Reichskriegerbund) in der Weimarer Republik spiegelt sich ebenso in Akten der staatlichen Behörden wie in denen nichtstaatlicher Einrichtungen wider (Potsdam).

Zur wirtschaftlichen, ideologischen und außenpolitischen Vorbereitung des zweiten Weltkrieges ist ebenfalls eine Reihe von Quellen vorhanden. Für den Verlauf des zweiten Weltkrieges von 1939 bis 1945 überwiegen Archivalien über das Verhältnis zwischen Ökonomie und Kriegführung unter innenpolitischen Aspekten, zum Teil jedoch auch in bezug auf die okkupierten Gebiete. Vereinzelt enthalten die Akten strategische Informationen. Die faschistische Okkupationspolitik ist in unterschiedlicher Art und Dichte in zahl-



Wir Wilhelm,
von Gottes Gnaden
Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.

verordnen auf Grund des Artikel 68 der Verfassung des Deutschen Reichs im Namen des Reichs, was folgt:

Das Reichsgebiet ausschließlich der Königlich Bayerischen Gebietsteile wird hierdurch in Kriegszustand erklärt.

Diese Verordnung tritt ▬ Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Neues Palais, den 31. Juli 1914.

Verordnung,
betreffend
die Erklärung des Kriegszustandes.

Bethmann Hollweg

Beginn des ersten Weltkrieges. Erklärung des Kriegszustandes am 31. Juli 1914 durch Wilhelm II. Gesetzsammlung, Mappe 55, Bl. 10.

reichen Beständen dokumentiert, am aussagekräftigsten in den Akten von Nürnberger Nachfolgeprozessen (Fälle XI und XII).

Die revolutionäre Klassenlinie in der deutschen Militärgeschichte spiegelt sich im parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf der Arbeiterbewegung gegen den preußisch-deutschen Militarismus vor 1914 und während des ersten Weltkrieges wider (s. S. 47). Fragmentarischer, aber aussagekräftig sind überliefert: die Militärpolitik des Spartakusbundes, der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Freikorps, der Kampf der KPD in der Reichswehr, die Tätigkeit der proletarischen Wehrorganisationen 1919 bis 1933.

Der antifaschistische Widerstandskampf in der faschistischen Wehrmacht schlägt sich vor allem in den Kriegsgerichtsakten des Heeres nieder, die zwar nur einen Bruchteil der außerordentlich hohen Zahl an Kriegsgerichtsverfahren im zweiten Weltkrieg umfassen, aber den Umfang des Widerstandes und den Terror der Militärjustiz exemplarisch nachweisen.

Literaturhinweise:

Enders, G.: Die ehemaligen deutschen Militärarchive und das Schicksal der deutschen Militärakten nach 1945. In: ZfM 8 (1969), S. 599–608.

Merseburg: Kohnke, M., J. Weiser: Quellen zur Militärgeschichte in der Hist. Abt. II des Deutschen Zentralarchivs. In: ZfM 9 (1970), S. 724–731. Spezialinventar zur Militärgeschichte. (Maschschr., 1970). Spezialinventar zu fortschrittlichen Traditionen in der deutschen Armee (Maschschr., 1965). – Zur nationalen Befreiungsbewegung 1813/14. Quellen im Deutschen Zentralarchiv, Abt. Merseburg. In: AM 13 (1963), S. 84–95.

Potsdam: Kartei über die militärgeschichtlichen Quellen (1957, Neubearb. 1969). – Spezialinventar über Quellen zur Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939–1945. (Maschschr., 1959); Ergänzungen (Maschschr., 1963). – Schmid, G.: Zur Militarisierung des politischen und gesellschaftlichen Lebens in der Weimarer Republik. Beispiele aus dem Bestand „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“ im Deutschen Zentralarchiv Potsdam. In: AM 13 (1963), S. 96–99.

Die Bestände des 1808 gegründeten preußischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und des 1870 aus ihm hervorgegangenen Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches stehen im Mittelpunkt dieses Quellenbereichs. Während die preußischen Akten in relativer Vollständigkeit vorliegen, fehlt aus der Tätigkeit des Auswärtigen Amtes vor allem die Überlieferung der politischen Abteilungen. Dagegen sind umfangreiche Bestände der Rechtsabteilung, der Wirtschaftsabteilungen und teilweise der Presseabteilungen vorhanden. Die in ihnen auftretende Doppelüberlieferung von politischen Vorgängen ist – zusammen mit den im Zuge der Bestandsergänzung erworbenen Filmen – in begrenztem Maße geeignet, fehlende Quellen der politischen Abteilungen zu ersetzen.
Weitere bedeutende Quellen bieten die Bestände von diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Ausland. Von ihnen sind aus dem preußischen Bereich die Gesandtschaften bei den europäischen Großmächten, in der Türkei, den USA, Mexiko und Brasilien mit besonders aussagekräftiger Überlieferung vertreten. Von den Vertretungen des Reiches seit 1871 sind die Bestände der Botschaften in Peking und in Moskau sowie des Konsulats in Temesvar (Timisoare, Rumänien) hervorzuheben. Für Preußen kann außerdem auf die Überlieferung der Konsulate in Bremen, Marseille und Madrid sowie auf den Bestand des Geheimen Zivilkabinetts zurückgegriffen werden.
Die staatlichen Quellen zur Außenpolitik werden – mit verstärkter Dichte für die Zeit der Weimarer Republik – durch eine Reihe von Beständen politischer Organisationen ergänzt (Merseburg: Deutscher Schulverein; Potsdam: Alldeutscher Verband, Deutsche Stiftung, Deutscher Schutzbund, Deutsch-österreichische Arbeitsgemeinschaft, Deutsches Auslandswissenschaftliches Institut, Südosteuropagesellschaft). Daneben ist eine größere Zahl von bedeutsamen Nachlässen vorhanden (Merseburg unter anderem: J. P. F. Ancillon, Alexander und Heinrich von Arnim, H. L. von Balan, C. K. J. von Bunsen, C. E. W. von Canitz, Wilhelm von Humboldt, Otto und Edwin von Manteuffel, K. F. F. von Nagler, Friedrich von Otterstedt, Josef M. von Radowitz d. Ä. und d. J., Camille von Royer, Guido von Usedom, Adolf von Willisen und Nachlässe preußischer Könige; Potsdam unter anderem: Theodor von Bernhardi, Herbert von Dirksen, Otto Hammann, Friedrich von Holstein, Friedrich W. von der Schulenburg).
Die Außenpolitik Preußens bis 1870 kann auf Grund der vorhandenen Quellenbasis umfassend erforscht werden. Die von besonderer Aggressivität gekennzeichneten preußischen Hegemonialbestrebungen im Rahmen des Deutschen Bundes lassen sich in umfangrei-

chen Aktengruppen über die Beziehungen zum Deutschen Bund, zu den anderen deutschen Einzelstaaten, insbesondere zu Österreich, belegen. Die Akten über Beziehungen zu außerdeutschen Staaten erstrecken sich nahezu auf alle Länder, wobei der Schwerpunkt bei den europäischen Großmächten liegt. Sie zeigen die Stellung Preußens zu den internationalen Konflikten seit den napoleonischen Kriegen, enthalten aber auch vielfach Quellen über nationale Befreiungs- und Unabhängigkeitsbewegungen sowie revolutionäre Ereignisse in anderen Ländern (Polen, Belgien, Italien, Balkanhalbinsel, Lateinamerika) und über die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung (vor allem in der Schweiz, Frankreich, England).
Für die Außenpolitik des imperialistischen Deutschen Reiches seit 1870 liegen die inhaltlichen Schwerpunkte auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Auslandsbeziehungen; hier ist eine umfassende Informationsbasis vorhanden, zu der auch die Bestände des Reichsamtes des Innern (bis zur Bildung eines eigenen Wirtschaftsressorts 1917) und des Reichswirtschaftsministeriums sowie Bestände von Banken und Konzernen (unter anderem Deutsche Bank, Berliner Handelsgesellschaft; Siemens, IG-Farbenindustrie AG, Flick) wesentlich beitragen (s. S. 63, 65).
Neben der Überlieferung aus dem Bereich der Außenwirtschaft gibt es in unterschiedlichem Maße geeignete Quellen, vor allem über: Auslandspropaganda sowie Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen im ersten Weltkrieg; Revisions- und Revanchepolitik in der Weimarer Republik im Zusammenspiel zwischen Staatsorganen und revanchistisch-militärischen Organisationen (s. S. 57, 70); „Kulturpropaganda" im Dienste der faschistischen Außenpolitik; Ausplünderung der annektierten und okkupierten Gebiete und Unterdrückung ihrer Bevölkerung im zweiten Weltkrieg.
Daneben ist im Gesamtzusammenhang der außenpolitischen Überlieferung auch reichhaltiges Informationsmaterial zur politischen, ökonomischen und kulturellen Lage in anderen Ländern vorhanden. Die Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus ist quellenmäßig vor allem durch den umfangreichen, relativ vollständig überlieferten Bestand des Reichskolonialamtes belegt. Ferner sind neben einzelnen Quellengruppen weitere Bestände von politischen und ökonomischen Kolonialorganisationen sowie Nachlässe von Kolonialpolitikern in Potsdam und in Merseburg zu berücksichtigen (z. B.: Deutsche Kolonialgesellschaft, Kolonialwirtschaftliches Komitee, Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, Neu-Guinea-Compagnie; Nachlässe Paul Kayser, Heinrich von Kusserow, Carl Peters, Joachim Graf Pfeil). Sie enthalten auch Informationen über die Kolonialpolitik anderer imperialistischer Staaten und bieten zugleich eine vielseitig auswertbare Grundlage für Forschungen zur Geschichte der jungen Nationalstaaten.

Literaturhinweise:

Lötzke, H.: Archivalische Quellen zur deutschen Außenpolitik bis zum Ende des zweiten Weltkrieges. In: Deutsche Außenpolitik 2 (1957), S. 873–879; vgl. auch die Quellenübersicht in: Archivum 15 (1963), S. 9–20. – Ders.: Quellen zur tschechoslowakischen Geschichte im Deutschen Zentralarchiv (1867–1945). In: Aus 500 Jahren deutsch-tschechoslowakischer Geschichte. Hrsg. v. K. Obermann und J. Polišenský. = Schriftenreihe der Historikerkommission DDR – ČSSR. 1. Berlin 1958. S. 405–428. – Spezialinventare über die Beziehungen des imperialistischen Deutschlands zu den nachfolgenden Staaten bzw. allgemein zur Geschichte dieser Staaten: Polen (1918–1923, 1934–1939, 1939–1945), Lateinamerika (17. Jh.–20. Jh.). (Maschschr., 1964 ff.). – Katz, F.: Archivalische Quellen zur Geschichte Mexikos. In: AM 13 (1963), S. 30–32.

Merseburg: Herricht, H.: Materialien zur Geschichte Kubas im Deutschen Zentralarchiv. In: AM 11 (1961), S. 144–146. – Spezialinventar über die Beziehungen des imperialistischen Deutschlands zu Rumänien (Maschschr., 1962).

Potsdam: Schmid, I.: Der Bestand des Auswärtigen Amtes im Deutschen Zentralarchiv Potsdam. In: AM 12 (1962), S. 71–79, 123–132. Spezialinventare über die Beziehungen des imperialistischen Deutschlands zu den nachfolgenden Staaten bzw. allgemein zur Geschichte dieser Staaten: Litauen (1918–1939); Polen (1918–1923, 1934–1939, 1939–1945); Tschechoslowakei (1918–1945); Vietnam; Lateinamerika (Maschschr., 1960 ff.).

Sozialistische Gesellschaftsordnung

Die vor allem seit 1958 vom DZA übernommene archivalische Teilüberlieferung aus den zentralen Staats- und Wirtschaftsorganen der DDR und ihren Vorgängern, den zentralen Verwaltungsorganen in der Sowjetischen Besatzungszone, dokumentiert vorrangig Entwicklungsprozesse der zentralen staatlichen Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Diese recht umfangreiche Quellenbasis erstreckt sich zeitlich vom Aufbau der demokratischen Friedenswirtschaft in den Jahren von 1945 bis 1949, über die Gründung der DDR, den Kampf für den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse bis hin zur Ausarbeitung und Durchführung des ökonomischen Systems des Sozialismus in den ersten beiden Jahren nach dem VI. Parteitag der SED 1963.

Für die Geschichte der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung stehen im DZA mit den Akten der Deutschen Zentralverwaltungen (1945–1948) und der Hauptverwaltungen der Deutschen Wirtschaftskommission (1947 bzw. 1948–1949) aus den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Handel und Versorgung und Gesundheitswesen relativ geschlossen überlieferte Bestände zur Auswertung bereit. Ab Juli 1948 setzt eine umfangreiche Überlieferung der neugebildeten zentralgeleiteten Vereinigungen bzw. Verwaltungen Volkseigener Betriebe ein, die im wesentlichen bis 1953 bzw. 1958 reicht. Zur Geschichte des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus (1949–1961) liegen Bestände vor, die aus der Tätigkeit der Organe des Ministerrates in den Bereichen der Planung, Industrie, Finanzen, Land- und Forstwirtschaft, des Außenhandels und des Bauwesens entstanden sind. Darüber hinaus gelangten bereits erste Bestände aus den Jahren bis 1965 in das DZA.

Im Rahmen des Dokumentationsschwerpunktes der zentralen staatlichen *Planung und Leitung der Volkswirtschaft* müssen besonders die Quellengruppen aus dem staatlichen Planungsapparat hervorgehoben werden. Die Anfänge der zentralen Wirtschaftsplanung lassen sich bis 1947 zurückverfolgen. Dazu gibt es aussagekräftige Quellen zur Ausarbeitung und Durchsetzung der ersten, für die gesamte Sowjetische Besatzungszone und für die DDR einheitlichen Wirtschaftspläne, den Halbjahrplan 1948 und den Zweijahrplan 1948–1950 mit dem Übergang zur Jahresvolkswirtschaftsplanung. Diese Akten werden durch Dokumente ergänzt, die Aufschlüsse über die Anleitung und Hilfe der SMAD bei der planmäßigen Lenkung der Produktion geben. Umfangreiches Archivgut ist zur Vorbereitung, Koordinierung und Kontrolle der Planung für die Zeit des ersten und zweiten Fünfjahresplanes sowie zu den Anfängen der nach 1959 auf neuer Grundlage weitergeführten langfristigen Planung mit der Entwicklung zur Industriezweig- und Schwerpunkt-

SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Der Parteivorstand

BERLIN NW · LOTHRINGER STRASSE 1 — ZENTRALHAUS DER EINHEIT

Berlin, den 3. Juli 1948

An den
Pädagogischen Kongress,
Leipzig

Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands grüsst den 3. Pädagogischen Kongress in Leipzig und wünscht seinen Verhandlungen besten Erfolg.

Im Vordergrund der Beratungen dieses Kongresses werden der neue Lehrer und seine Ausbildung stehen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands sieht diese Fragen als grundlegend für die Durchführung der demokratischen Schul- und Erziehungsreform an. Wir brauchen den neuen fortschrittlichen Volkslehrer, der in lebendiger Beziehung zum Volke steht und sich mit innerer Überzeugung dem grossen Werke der demokratischen Erneuerung Deutschlands verpflichtet fühlt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird wie bisher auch in Zukunft für die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Lehrer auf Hebung ihrer geistigen und materiellen Lage eintreten.

Der wirtschaftliche Aufbauplan für die sowjetische Besatzungszone wird Schule und Erziehung vor ne[illegible] Aufgaben stellen. Dabei wird die verständnisvolle und aktive Mitarbeit des Lehrers von besonderer Bedeutung sein. Mögen die Beratungen des Pädagogischen Kongresses dazu beitragen, die neuen Aufgaben [illegible] erkennen und die fortschrittliche Lehrerschaft veranlassen, an der Lösung dieser Aufgaben und damit am Aufbau eines besseren Lebens unseres Volkes entscheidend mit teilzunehmen.

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

W. Pieck O. Grotewohl

Grußadresse des Parteivorstandes der SED an den 3. Pädagogischen Kongreß in Leipzig, 1948. R – 2 Nr. 9.

planung vorhanden. Darunter befinden sich vielfältige Informationen über Prinzipien, Formen und Methoden zur Planung und Leitung der Volkswirtschaft, unter anderem auch über die Vervollkommnung der Perspektivplanung und die konsequente Durchsetzung des Prinzips des demokratischen Zentralismus in der Wirtschaftsführung. Zur Geschichte der Leitung der sozialistischen Industrie werden für den Zeitraum von 1948 bis 1965 umfangreiche Bestände verwahrt, deren Quellenwert jedoch auf Grund der zahlreichen Überlieferungslücken beeinträchtigt wird. Für die Entwicklungsphase der Zentralisierung der volkseigenen Industrie in den Jahren 1948–1952 liegt der Überlieferungsschwerpunkt bei den Beständen der VVB. Über die Entwicklung des Bauwesens liegen aus den 50er Jahren (bis 1958) umfangreiche Bestände vor, die für Teilbereiche bereits 1948 einsetzen. Im Vordergrund steht die Dokumentation zum Baugeschehen in den Industrie- und Wiederaufbauschwerpunkten des ersten Fünfjahresplanes.

Für die Geschichte des *Finanzsystems* der DDR sind nur einzelne Quellengruppen vorhanden. Sie betreffen vornehmlich Teilaspekte der fortschreitenden einheitlichen Gestaltung von Staatshaushalts- und Volkswirtschaftsplanung, der Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der volkseigenen Wirtschaft, der zentralen Steuerung der Finanz-, Haushalts- und Valutaplanung sowie von Geldumlauf und Kredit. Dazu kommen Unterlagen zur Entwicklung der finanziellen Fonds mit Informationen über Wachstum und Struktur der Volkswirtschaft.

Relativ geschlossen sind die Bestände zur Geschichte der demokratischen Bodenreform und der sozialistischen Umgestaltung in *Landwirtschaft*, Erfassung und Forstwirtschaft. Für den Zeitabschnitt 1945–1949 werden dokumentiert die Durchführung der demokratischen Bodenreform, der Aufbau des volkseigenen Sektors in der Landwirtschaft, die Anfänge der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe und der landwirtschaftlichen Genossenschaften sowie Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung und Rohstoffversorgung der Volkswirtschaft. Die Bestände unterrichten auch über die Entwicklung der Neubauernwirtschaften, besonders über die ab 1946 einsetzende einheitlich gelenkte materielle und finanzielle Unterstützung der Neubauern. Die von 1949 bis 1963 vorhandenen Landwirtschaftsbestände beziehen sich vorrangig auf die Entwicklung der Agrarstruktur vor und nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande, auf die Vervollkommnung der staatlichen Leitungsorganisation, insbesondere die Erhöhung der Eigenverantwortlichkeit der örtlichen Staatsorgane bei der Leitung der sozialistischen Landwirtschaft, auf die Steigerung der land- und forstwirtschaftlichen Produktion sowie auf den Technisierungs- und Mechanisierungsprozeß in der Land- und Forstwirtschaft. Insgesamt

6. Dezember 1949
2145 Montana Ave.
Santa Monica, Calif.

Hochgeehrte Herren,

Sie waren so freundlich, mir einen Brief aus Bad Liebenstein zu übermitteln. Das Schreiben betrifft den Bau des nach mir benannten Sanatoriums und trägt zahlreiche Unterschriften.

Darf ich Sie bitten, die Absender wissen zu lassen, dass ich die mir erwiesene Ehre würdige. Mein Dank und meine tief empfundenen Wünsche begleiten den Bau.

In vorzüglicher Hochachtung
Heinrich Mann

Dank Heinrich Manns für den Bau eines nach ihm benannten Sanatoriums in Bad Liebenstein, 1949. Q – 2, Nr. 49.

ist in diesen Beständen die Entwicklung der Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern gut dokumentiert.

Zur Geschichte der *Außenwirtschaft* der DDR kommen vor allem Quellen zur ökonomischen Kooperation und zur Entwicklung des Außenhandels in den 50er Jahren in Betracht. Sie sind über mehrere Bestände verteilt, nicht vollständig und von unterschiedlicher Aussagekraft. Sie enthalten auch Informationen zur ökonomischen Verflechtung der DDR mit den Außenmärkten, zum Kampf der DDR um die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den internationalen Beziehungen, vor allem in der Klassenauseinandersetzung mit den imperialistischen Kräften in der BRD und in der selbständigen politischen Einheit Westberlin. Dokumentationsschwerpunkt bildet die Realisierung des staatlichen Außenhandelsmonopols der DDR. Instruktive Materialien gibt es zur Beteiligung der DDR an den internationalen Messen und Ausstellungen sowie zur Entwicklung der Leipziger Messe von 1946 bis 1962. Für den Zeitraum von 1945 bis 1949 werden die Wirtschaftsbestände durch Quellen zur Geschichte des Binnenhandels ergänzt. Sie vermitteln einen guten Überblick über die Versorgung der Bevölkerung in den ersten Nachkriegsjahren sowie über den in dieser Zeit eingeleiteten Aufbau des volkseigenen Groß- und Einzelhandels.

Aussagekräftige Quellen zur Geschichte der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung des *Volksbildungs-*, *Sozial-* und *Gesundheitswesens* befinden sich für die Zeit 1945–1950 in Teilbeständen, die lückenhaft überliefert sind. Sie widerspiegeln die Unterstützung der SMAD bei der Beseitigung nazistischer und militaristischer Theorien im Bildungswesen und den Aufbau eines einheitlichen demokratischen Schul- und Hochschulwesens. Dokumentiert werden des weiteren die zentrale Koordinierung der in den Ländern eingeleiteten Aktionen zur Verbesserung der Gesundheitsfürsorge, der Kampf gegen Seuchen und Volkskrankheiten, die Einführung eines umfassenden Mutter-, Kinder-, Jugend- und Betriebsgesundheitsschutzes, die Anfänge einer einheitlichen Arbeitskräfteplanung sowie die Neugestaltung des Arbeitsschutzes, des Arbeits- und Tarifrechtes. Wichtige Archivalien gibt es auch zur Durchführung der Beschlüsse des II. Parteitages der SED sowie des SMAD-Befehls Nr. 234 zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen Lage der Werktätigen.

Literaturhinweise:

Merker, W.: Archivalische Quellen zur Entwicklung der volkseigenen Industrie in der DDR. In: AM 11 (1961), S. 106–110. – Ders.: Bedeutung und Aufgaben der Abteilung III des Deutschen Zentralarchivs. Zur Auswertung der neuesten Schriftgutbestände. In: AM 13 (1963), S. 17–20.

Sammlungen und Bibliothek

Das DZA verfügt über eine größere Zahl archivischer Sammlungen. Einige sind vom Archiv zur Ergänzung der Bestände angelegt worden, andere entstanden als spezielle Informationsfonds kapitalistischer Staatsorgane und Verbände. Sie sind in ihrer Auswahl durch deren Funktionen bestimmt und bilden Teile der entsprechenden Archivbestände.

Die Sammlungen werden von den Benutzern oft übersehen, obwohl sie häufig zusätzliche Informationen vermitteln oder Lücken in der Archivüberlieferung schließen. Zu den wichtigsten Sammlungen des DZA gehören:

Die umfangreichen *familiengeschichtlichen, Wappen- und Siegelsammlungen* (Merseburg), überwiegend aus der Zeit des Spätfeudalismus und dem 19. Jh. Sie enthalten unter anderem das berühmte Wappenbuch des Ritters Grünenberg (1485) und das der Reichskanzlei (1540–1556), die Sammlung Otto Hupp (103 Hefte mit Siegeln preußischer Städte, Märkte und Dörfer) und die Hupp-Clericus'sche Siegelsammlung (rund 4000 Siegel von Orten und Korporationen). Die *Autographensammlungen und sachthematischen Sammlungen* (letztere in Merseburg als „Kleinere Erwerbungen") enthalten Autographen bedeutender Persönlichkeiten (16.–20. Jh.) bzw. Manuskripte, Erlebnisberichte und Einzelstücke zu bedeutenden Ereignissen, Vorgängen und Themen der deutschen Geschichte (18.–20. Jh.).

Der *Kartenbestand* in Potsdam umfaßt etwa 45 000 Karten, vor allem die amtlichen Kartenwerke der deutschen Länder und des ehemaligen Reiches (etwa 1800–1945), thematische Karten der amtlichen Kartographie und in geringerem Umfang Planregistraturen einiger Reichsbehörden (20. Jh.). Die Merseburger Kartensammlung enthält etwa 500 Karten und Pläne der früheren Mark Brandenburg einschließlich Berlin (1650–1930), darunter Suchodoletz' bedeutende Karten von Potsdam und Umgebung (1680 bis 1685), sowie Meßtischblätter (um 1900).

Die zu den entsprechenden Beständen gehörenden umfangreichen *Zeitungsausschnittsammlungen* des preußischen Ministeriums des Innern (1895–1918), des Auswärtigen Amtes (1915–1920, 1934 bis 1943), der Reichsbank (1890–1945), des Bundes der Landwirte und seiner Nachfolger (Reichslandbund und Reichsnährstand, 1893 bis 1945) und des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der „Deutschen Arbeitsfront" (1915–1945, mit entsprechenden Sammlungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes).

Geschlossene *Zeitungssammlungen* werden vom DZA in planmäßiger Abgrenzung von den allgemeinen wissenschaftlichen und den

Fachbibliotheken nicht gehalten. Eine Ausnahme bilden die in Merseburg relativ vollständig vorhandenen Jahrgänge der Spenerschen Zeitung (1741–1869), der Vossischen Zeitung (1749–1929) und der Neuesten Weltkunde (1798–1821, 1833–1835).

Die *Archivbibliothek* (Potsdam etwa 95 000 und Merseburg etwa 40 000 Bände) ist eine beachtliche archiv- und geschichtswissenschaftliche Spezialbibliothek, die der Ergänzung der Archivbestände für den erschließenden Archivar wie für den auswertenden Benutzer dient. Sie enthält vor allem viele Nachschlagewerke (z. B. Reichs- und Staatshandbücher), eine umfangreiche Sammlung amtlicher Druckschriften des früheren Reiches, Preußens und der Länder aus dem 18.–20. Jh. (z. B. Gesetz-, Ministerial- und Amtsblätter, Parlamentsprotokolle, Haushaltspläne ab 1849 in Merseburg) und die von den kollektiven wie individuellen Benutzern übersandten Belegexemplare ihrer Veröffentlichungen und ungedruckten Arbeiten.

4. Hinweise für die Archivbenutzung

Die im DZA verwahrten Archivbestände sind als Teil des Staatlichen Archivfonds der DDR sozialistisches Eigentum. Über ihre Nutzung entscheidet der Eigentümer, der sozialistische Staat, seine hierfür verantwortlichen Organe und Einrichtungen. Sie lassen sich gemeinsam mit den Archivaren von den Interessen der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung der DDR leiten, gehen dabei von einem festen Klassenstandpunkt aus und sorgen dafür, daß die Archivalien so effektiv wie möglich für die vielfältigen Zwecke der sozialistischen Gesellschaft genutzt werden können. Bei der Archivbenutzung sind die geltenden Normen und Bestimmungen exakt einzuhalten; es ist besonders darauf zu achten, daß dem Klassengegner keine archivalischen Quellen zugänglich gemacht werden, die zum Schaden oder Nachteil der DDR verwendet werden können. Die Benutzungspolitik ist eingelagert in die Gesamtpolitik der DDR und dient ebenfalls der Erhaltung des Friedens, der Stärkung der DDR, den Interessen der anderen sozialistischen Staaten und allen progressiven Kräften in der Welt.
Die Archivare leisten eine aktive Informationstätigkeit über den Inhalt des Gesamtbestandes und über die Möglichkeiten zur effektiven Nutzung der archivalischen Quellen für vielfältige gesellschaftliche Zwecke (s. S. 18 ff.). Die alte Vorstellung aus der kapitalistischen Zeit ist längst überwunden, daß das Archiv zwar in dem festgelegten Rahmen für Benutzer zur Verfügung steht, im übrigen aber keinen zielgerichteten Einfluß darauf nimmt, wer in das Archiv kommt. Die sozialistischen Archivare fühlen sich dagegen verantwortlich dafür, daß die von ihnen betreuten Archivbestände von allen Bedarfsträgern im gesellschaftlichen Interesse umfassend ausgewertet werden. Darüber hinaus stehen sie natürlich jedem Archivbenutzer beratend und helfend zur Seite, um seine Forschungsarbeit zu fördern und bei der Fülle des Archivmaterials in die richtigen Bahnen zu lenken, seinen eigenen Aufwand bei der Sucharbeit möglichst niedrig zu halten.
Als Hilfsmittel zum Auffinden der Quellen stehen dem Benutzer die Findbücher oder Findkarteien zur Verfügung, die im Ergebnis der Aufbereitung der einzelnen Bestände hergestellt werden. Um auch thematischen Fragestellungen zu entsprechen und die Sucharbeit zu beschleunigen, sind von den Archivaren eine Reihe weiterer, zusätzlicher Hilfsmittel erarbeitet worden, angefangen von Registern zu den Findbüchern über Bestandsanalysen und Informationen über Schlüsseldokumente bis hin zu Spezialinventaren für größere Themenkomplexe, die häufig auch in den verschiedenen Fachzeitschriften veröffentlicht worden sind. Für die Orientierung

über den Gesamtinhalt des Archivs stehen gedruckte Bestandsübersichten zur Verfügung, und darüber hinaus bietet der Zentrale Bestandsnachweis bei der Staatlichen Archivverwaltung die Möglichkeit, zusammenhängende Quellenkomplexe festzustellen, die über den Rahmen des DZA hinausgehen und sich über mehrere Archive erstrecken.
Jede umfangreichere Archivbenutzung sollte nach gründlichem Literaturstudium durch eine Anfrage über die Quellenlage vorbereitet werden. Dabei kann das Archiv oft auch Auskunft geben, ob das Thema bereits bearbeitet worden ist. Je präziser die Themenstellung angegeben wird, desto genauer und schneller kann die Quellenlage ermittelt werden. Mitunter ist das Archiv auf Grund der vorhandenen Hilfsmittel nicht in der Lage, eine umfassende Auskunft über die tatsächlich vorhandenen Quellen zu geben, so daß häufig ein gründlicher Überblick über die Quellenlage erst im Prozeß der Forschungsarbeit selbst möglich ist. Eine klare Konzeption und sichere Fragestellungen sind eine wesentliche Voraussetzung für die Ermittlung, die historische Wertung und Verarbeitung der Dokumente im einzelnen.
Die rechtliche Grundlage für die Archivbenutzung bildet die Benutzungsordnung für die staatlichen Archive der Deutschen Demokratischen Republik vom 25. Juni 1965 (GBl. II S. 572). Sie ermöglicht eine umfassende Auswertung der Archivbestände für die vielfältigen gesellschaftlichen Zwecke. Deshalb enthält sie auch kein Grenzjahr für die Benutzung, sondern gestattet grundsätzlich die Auswertung aller vorhandenen Bestände. Einschränkungen im Einzelfall können sich ergeben im Hinblick auf die innere und äußere Sicherheit der DDR, auf das Interesse lebender Personen oder mit Rücksicht auf den Erschließungs- bzw. Erhaltungszustand der Archivalien. Auch ist eine zeitweilige Sperre erforderlich, wenn Archivgut in staatlichem Auftrag ausgewertet wird. Maßgeblich ist vor allem Ziel und Zweck der einzelnen Forschungsarbeit. Bei Benutzungsanträgen von Forschern außerhalb der DDR sind außer den wissenschaftlichen besondere politische Aspekte zu berücksichtigen, z. B. die Frage der zwischenstaatlichen Beziehungen und das Prinzip der Gegenseitigkeit. Diese verschiedenen Gesichtspunkte finden ihren Ausdruck in dem festgelegten Recht zur Erteilung der Benutzungsgenehmigung. Für Bürger der DDR wird die Genehmigung in der Regel durch das DZA ausgesprochen, während in allen anderen Fällen der Ministerrat der DDR – Ministerium des Innern – Staatliche Archivverwaltung – zuständig ist. Der Benutzungsantrag muß eine möglichst exakte Formulierung des Themas, Zielsetzung und Zweck der Arbeit und gegebenenfalls den Auftraggeber (mit seiner schriftlichen Bestätigung als Anlage) enthalten. Außerdem sind die auszuwertenden Bestände anzugeben.

Die Benutzung der Archivalien soll in der Regel im DZA selbst erfolgen, doch ist eine begrenzte Ausleihe von Archivgut an andere Archive und auch an die großen wissenschaftlichen Bibliotheken möglich. Mit einigen sozialistischen Staaten läuft das Ausleihverfahren auf der Grundlage zwischenstaatlicher Vereinbarungen. Die Benutzungsgenehmigung wird im allgemeinen für ein Jahr erteilt, kann jedoch verlängert werden. Sofern Gebühren zu erheben sind, gelten die Bestimmungen der Gebührenordnung vom 10. Mai 1969 (GBl. Sonderdruck Nr. 613 vom 20. Juni 1969).

Am Anfang der Benutzung steht das Studium der Archivhilfsmittel. Danach können die gewünschten Archivalien nach einem festgelegten Verfahren bestellt werden (in der Regel etwa 10 Akteneinheiten pro Tag). Beim Studium der Quellen ist der Benutzer berechtigt, Auszüge zu machen. Die Verwendung von Schreibmaschinen und Diktiergeräten richtet sich nach den örtlichen Bedingungen. Das Archiv kann die Vorlage der angefertigten Auszüge verlangen und bei mißbräuchlicher Benutzung diese Unterlagen einziehen. Die Bestellung von Mikrofilmen ist besonders zu beantragen. Für die Veröffentlichung von Archivalien aus der Zeit nach 1918 im Wortlaut sowie für eine eventuelle Weitergabe der eigenen Aufzeichnungen oder Mikrofilme an Dritte ist die vorherige schriftliche Zustimmung des Archivs bzw. der Staatlichen Archivverwaltung erforderlich. Von dem schriftlichen Ergebnis der Forschungsarbeit (gedruckte oder ungedruckte Arbeiten) hat das DZA Anspruch auf ein Belegexemplar.

Die gesamte Benutzung des Archivs einschließlich seiner Fachbibliothek läuft über den Benutzerdienst, der auch die Verbindung zu den Fachreferenten für spezielle Beratungen vermittelt. Er informiert ferner über die Benutzungsbedingungen im einzelnen und gibt Hinweise für das Zitieren der Quellen in Veröffentlichungen (im allgemeinen stehen hierfür Merkblätter zur Verfügung).

Literaturhinweise:

Lötzke, H.: Die Archive. In: Eckermann-Mohr, Einführung in das Studium der Geschichte. Berlin 1966, S. 153–169.



Benutzersaal im Deutschen Zentralarchiv, Potsdam.

Резюме

Брошюра информирует о создании и развитии Центрального архива ГДР за 25 лет после его основания в 1946 г. Он занимает выдающееся место в социалистическом архивном деле Германской Демократической Республики. Сегодня он является одним из самых крупных центральных архивов Европы. Пояснения относительно многообразия содержания архивных материалов приблизительно за 500 лет немецкой истории и практические указания для использования архива должны повысить информационность этой небольшой юбилейной брошюры для заинтересованного читателя.

Summary

The booklet informs about the structure and development of the Deutsches Zentralarchiv (German Central Archives) during the 25 years since its foundation in 1946. It occupies an outstanding place in the socialist archives system in the German Democratic Republic. Today it is one of the largest central archives in Europe. Details on the manifold contents of archival traditional stocks from about 500 years of German history and practical instructions for using the archives will enhance the information contents of this small jubilee publication for the interested reader.

Résumé

La brochure vous donne un aperçu de la structure et du développement du Deutsches Zentralarchiv (Archives centrales allemandes) pendant les 25 années qui se sont écoulées depuis sa fondation en 1946. Le Deutsches Zentralarchiv occupe une place importante parmi les Archives socialistes de la République Démocratique Allemande; il compte parmi les Archives centrales les plus grandes en Europe. Cette brochure veut informer sur le caractère spécifique des documents multiples qui sont déposées dans les archives et qui sont le miroir de 500 ans d'histoire allemande. En plus, elle renseignera le lecteur intéressé sur l'utilisation des archives.

Resumen

El presente folleto informa sobre la organización y el desarrollo del Deutsches Zentralarchiv (Archivo Central Alemán) en los 25 años pasados desde su fundación en 1946. Este archivo ocupa un lugar destacado entre los archivos socialistas de la República Democrática Alemana. Es uno de los más grandes archivos centrales de Europa. Editada con fines informativos esta pequeña publicación conmemorativa explica al lector interesado el contenido de los múltiples archivos de cerca de 500 años de historia alemana y le da también indicaciones prácticas sobre es modo de utilizarlos.

Inhalt

Verzeichnis der Abbildungen



Kunstgeschichlich bedeutsames Siegel des Kurfürsten Joachim II. von Brandenburg, 1557.

Urkundenabteilung, Haussachen des Landesherren Nr. 89. (S. 36)

Entscheidung König Friedrichs II. über die Bestrafung eines Soldaten mit Spießrutenlaufen, 1743.

Rep. 94 IV L a 18, Bd. 1, Bl. 61. (S. 39)

Liste der Delegierten zum Kongreß der I. Internationale mit den Namen von Karl Marx und Friedrich Engels, (erste Seite), 1872.

Rep. 90 a DI 40, Nr. 7. (S. 43)

Inkraftsetzung des reaktionären „Sozialistengesetzes“, 1878. Geh. Zivilkabinett Nr. 15 264. (S. 44)

Antrag von Vertretern des Monopolkapitals an Hindenburg als Reichspräsident zur Beteiligung der Nazis an der Regierung, 1932. (Photomontage).

Büro des Reichspräsidenten, Nr. 47, Bl. 259 und 297. (S. 49)

Bestätigung des Terrorurteils der faschistischen Justiz gegen die Studenten Alexander Schmorell und Wilhelm Graf durch Hitler, 1943.

Reichsjustizmin., Nr. IV g 10a 5011/43, Bl. 102. (S. 51)

Gerichtsfarce über die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, 1919.

Preuß. Justizmin., Nr. 10 290. (S. 53)

Bericht des Regierungspräsidenten in Köln über die Aufrufe der „Neuen Rheinischen Zeitung“ zur Steuerverweigerung und über die schwebenden Gerichtsverfahren gegen Karl Marx, 1848 (erste Seite).

Rep. 77 Tit. 496 a Nr. 15 Bd. 1, Bl. 119. (S. 55)

Eingabe politischer Vereine an die Linke der Nationalversammlung zu Frankfurt, 1848. (Photomontage) Nachlaß Blum, Nr. 84. (S. 59, 60).

Verhandlung der Telefunken GmbH mit dem faschistischen Wirtschaftsministerium über den Kartellvertrag mit Radio Corporation of America, 1945.

Reichswirtschaftsmin., Nr. 11 712, Bl. 3. (S. 63)

Beginn des ersten Weltkrieges. Erklärung des Kriegszustandes am 31. Juli 1914 durch Wilhelm II.

Gesetzsammlung, Mappe 55, Bl. 10 (S. 72)

Grußadresse des Parteivorstandes der SED an den 3. Pädagogischen Kongreß in Leipzig, 1948.

R – 2 Nr. 9. (S. 78)

Dank Heinrich Manns für den Bau eines nach ihm benannten Sanatoriums in Bad Liebenstein, 1949.

Q – 2, Nr. 49. (S. 80)

Benutzersaal im Deutschen Zentralarchiv, Potsdam. (S. 87)

Verzeichnis der Abkürzungen

ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AM	Archivmitteilungen
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
DAW	Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin
DZA	Deutsches Zentralarchiv
GBl.	Gesetzblatt der DDR
JbWG	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
Jh.	Jahrhundert
lfm	Laufende Meter
Maschschr.	Maschinenschriftliches Exemplar
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
StAV	Staatliche Archivverwaltung
VVB	Vereinigung bzw. Verwaltung Volkseigener Betriebe
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZfM	Zeitschrift für Militärgeschichte

Notizen